

**Hella Kastendiek**  
**Struktur- und Organisationsprobleme**  
**einer staatstragenden Arbeitnehmerpartei:**  
**Zum Verhältnis von SPD und Gewerkschaften\***

Gekürzter Vorabdruck eines Buchbeitrags für: Rolf Ebbighausen/ Friedrich Tiemann (Hrsg.), *Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Ein Diskussionsband zum sechzigsten Geburtstag von Theo Pirker*. Der Band erscheint im September 1983 im Westdeutschen Verlag, Opladen, in der Schriftenreihe des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung an der Freien Universität Berlin.

**I. Einleitung**

Nach dem Regierungswechsel im Herbst 1982 hat die SPD innerparteilich und gegenüber ihrem traditionellen sozialen Umfeld eine Integrationskraft entwickelt, die fast vergessen ließ, »in welch jammervollem Zustand unsere Partei sich noch vor wenigen Monaten befand« (Krockow 1983). Das neu gewonnene Selbstbewußtsein der Partei, die sich Chancen für einen Sieg im Bundestagswahlkampf ausrechnet, verdeckt, daß sich die SPD bis zu ihrem Scheitern in der Regierungsverantwortung in einer tiefen Krise befand, die sich festmachte

- am Identitätsverlust der Partei,
- an der rapide abnehmenden Fähigkeit der Partei zur Massenintegration,
- an dem Auseinanderdriften der unterschiedlichen in der Partei organisierten sozialen Interessen,
- an dem brüchig gewordenen Verhältnis zu den der SPD traditionell verbundenen Gewerkschaften.

Dieser Artikel knüpft an die damalige Diskussion über die »Krise der SPD« und über das »Scheitern des sozialdemokratischen Politikmodells« an. Der Ansatzpunkt meiner Analyse ist zunächst die organisationspolitische Diskussion in der SPD von 1980 - 1982. Danach untersuche ich, wie die SPD seit 1966, also seit ihrer Regierungsbeteiligung, die Probleme im Verhältnis zu ihrer Mitglieder- und Wählerbasis und zu den Gewerkschaften wahrgenommen hat und wie sie darauf organisations- und gewerkschaftspolitisch reagierte und re-

\* Der über 600 Seiten umfassende Band versammelt neue Studien, Materialien, Diskussions- und Forschungsbeiträge zur Geschichte und Situation der deutschen Arbeiterbewegung von Theo Pirker selbst, von Siegfried Braun, Martin Broszat, Rolf Ebbighausen, Günter Erbe, Michael Fichter, Gert Joachim Glaesner, Thomas Hahn, Hartmut Häußermann, Siegfried Heimann, Harold Hurwitz, Martin Jander, Hans-Dieter Klingemann, Fred Klinger, Uwe Köhler, Herbert Kuehl, Siegwald Lönendonker, Hans-Peter Müller, Peter Müller, Bernd Rabehl, Hugo Reister, Andreas Resch, Rainer Sarrazin, Manfred Scharrer, Ute Schmidt, Horst W. Schmollinger, Klaus Schröder, Willfried Spohn, Richard Stöss, Martin Struller, Klaus Sühl, Werner Süß, Friedrich Tiemann, Manfred Wilke, Rainer Winkelmann.

agiert. Eine solche Analyse kann zeigen, daß die noch vor wenigen Monaten diskutierten Probleme der SPD insbesondere im Verhältnis zu den Gewerkschaften und zu ihren Mitgliedern bzw. zur Parteiorganisation längst Tradition hatten. Die kontinuierlichen Versuche, Widersprüche zwischen Regierungsfunktion und sozialer Basis der Partei organisationspolitisch zu bewältigen, sind zeitweise durchaus gelungen. Da diese Widersprüche aber nicht aufgehoben werden können, sondern nur neue vorläufige - begrenzt funktionale - Bewegungsformen finden, wird die Partei mit den aus diesen Widersprüchen resultierenden Problemen immer wieder konfrontiert. 1982, nach Jahren des von der SPD als führender Regierungspartei zu verantwortenden Krisenmanagements, stellten sich diese in zugespitzter Form. Die Strategie beim Wechsel in die Opposition, der sofort einsetzende Wahlkampf und der neue Konsens in der Partei verdecken, daß sich diese Probleme der SPD erneut stellen werden.<sup>1</sup>

## II. SPD und »Arbeitnehmerbereich«: Die organisationspolitischen Diskussionen in der SPD von 1980 - 1982

### 1. Neue Anläufe für mehr innerparteilichen Einfluß der sozialdemokratischen Betriebsorganisation - und das Ergebnis der organisationspolitischen Initiative auf der AfA-Bundeskonferenz 1982

Die innerparteiliche Diskussion in der SPD fand in der Öffentlichkeit erst Resonanz, als Peter Glotz auf einer Konferenz mit über 500 Parteifunktionären im Oktober 1981 den Vorschlag machte, in den SPD-Bezirken die Hälfte der nach dem Parteiengesetz möglichen »geborenen« Delegierten für Arbeiter und Betriebsräte zu reservieren. Noch mehr Aufmerksamkeit aber fanden zwei Monate später die Löwenthal-Thesen. Der Vorschlag von Glotz wurde allein als Reaktion auf Probleme der *Parteiorganisation* interpretiert, obwohl es umfassender darum ging, der SPD die »Kerntruppen des Industrialismus« (Peter Glotz in: Glotz/ v. Oertzen 1982, S.6) zu sichern. Umgekehrt wurden die Thesen Löwenthals, die das gleiche generelle Anliegen hatten, nicht auf die organisationspolitische Debatte bezogen, sondern allein als Diskussionsbeitrag über unterschiedliche Identifikationsmuster in der Partei verstanden. Ein Ergebnis dieses Teils wird sein, daß die Beiträge von Glotz und Löwenthal unterschiedlichen Konzeptionen folgen, aus denen dann auch unterschiedliche Konsequenzen gezogen werden.

Der Vorschlag von Glotz erschien als ein spektakulärer Vorstoß, der entsprechend in der Öffentlichkeit mit Schlagworten wie »Quotierung« oder »Reservate für Arbeitnehmer in der SPD« bedacht wurde. Er stand jedoch im Kontext einer Debatte, die bereits 1979 von der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) initiiert worden war. Sie wollte sozialdemokratischen Gewerkschaftern und Betriebsräten sowie aktiven Mitgliedern der SPD-Betriebsgruppen mehr innerparteiliche Beteiligungschancen verschaffen. Unmittelbar konfrontiert mit zunehmend instabileren Beziehungen der Partei zu ihrem traditionellen Mitglieder- und Wählerkern, hatte die AfA-Bundeskonferenz in Nürnberg (1979) den AfA-Bundesvorstand aufgefordert,

»zu prüfen, wie die Rechte der Betriebsorganisation verbessert werden können, vor allem bei der Aufstellung von Kandidaten für Parteifunktionen und öffentliche Aufgaben, bei Delegiertenwahlen und bei der Einbringung von Anträgen« (Entschließung »Organisatorische und politische Wirksamkeit der AfA«, AfA-Bundeskonferenz 1979).

Das Konzept der im Februar 1981 eingesetzten Arbeitsgruppe sah vor, die Betriebsgruppen den Ortsvereinen gleichzustellen und ihnen das Delegations- und Antragsrecht zu den Unterbezirksparteitagen zu geben. Die vor allem für innerparteiliche Wahlen wichtigen *Unterbezirks-Parteitage* sollten *Ausgangspunkte* sein, Einfluß auf den unterschiedlichen Ebenen der Partei und der parlamentarischen Vertretungen zu gewinnen. Eine Quotierung wurde zu dem Zeitpunkt abgelehnt. Ebenso wurden die schon seit Gründung der AfA (1973) gestellten Forderungen nach einem eigenen Antragsrecht auf den jeweiligen Parteiebenen abgelehnt. Die »leidige« Diskussion über die Stellung der Arbeitsgemeinschaften in der SPD sollte nicht wieder aufgerollt werden.<sup>2</sup>

Realisieren ließ sich das nur über eine Änderung des Parteistatuts. Hierfür ist jedoch eine Zweidrittel-Mehrheit auf Parteitagen erforderlich. Die Aktivitäten der AfA zielten daher auf den Bundesparteitag vom April 1982. Das Konzept - von einem kleinen Kreis führender AfA-Funktionäre erarbeitet - sollte ganz offensichtlich über eine breite innerparteiliche Mobilisierung durchgesetzt werden - was für Politik und Selbstverständnis der AfA durchaus neu ist. Die von der AfA thematisierten Probleme und organisationspolitischen Vorschläge wurden denn auch über Monate innerparteilich durchaus kontrovers diskutiert.

Die statutenmäßige Formulierung des Konzeptes stieß jedoch auf eine Schranke: Das Parteiengesetz schreibt ausdrücklich vor, daß die für die politische Willensbildung der Parteien zuständigen Gliederungen Gebietsverbände sein müssen. Nach der herrschenden Rechtsauffassung werden Betriebsgruppen nicht als Gebietsverbände anerkannt. Deshalb schlug die Arbeitsgruppe der AfA das dann von Glotz vorgetragene Modell vor, weil es gegenüber dem bestehenden Zustand immer noch ein Fortschritt sei (vgl. »Rechte der Betriebsgruppen stärken«). Das nächste Ziel war, mit einem Beschluß des Bundesparteitages vom April 1982 die satzungsmäßigen Voraussetzungen für die Realisierung des Glotz-Vorschlages zu schaffen. Aufrechterhalten wurde die Forderung nach dem Antragsrecht der Betriebsgruppen zu den Unterbezirks-Parteitagen, was ebenfalls durch Änderung der Satzung erreicht werden sollte. Darüberhinaus forderte die AfA den Parteivorstand auf,

»in einer Richtlinie für die politische Betriebsarbeit Bedeutung, Aufgaben und Rechte der Betriebsgruppen festzulegen. Die AfA will damit eine umfassende Regelung erreichen, damit die betriebstätigen Arbeitnehmer das Gewicht in der politischen Willensbildung und in den politischen Institutionen dieses Landes erhalten, das ihnen zukommt« (Dressler 1981).<sup>3</sup>

Die in der Öffentlichkeit wahrgenommene Kritik an diesem Konzept richtete sich vorwiegend gegen die Quasi-Quotierung. Es sei »ein Armutszeugnis der Arbeiterpartei (...), wenn sie jetzt Arbeitnehmer-‘Quoten’ oder den Proporz-Arbeiter einführen würde« (Vorwärts, Nr. 43, 15.10.81). Kontrovers wurde auch in den Vorständen der Parteigliederungen diskutiert. Widerstand kam vorwiegend von den jeweiligen innerparteilichen Mehrheiten. Von linker Seite kritisierte Martin Wentz (Bezirk Hessen-Süd) den Vorschlag, die Betriebsgruppen den Ortsvereinen gleichzustellen. Für ihn war dies eine Initiative des *Parteivorstandes*, die auf die »Sicherung gewünschter inhaltlicher Mehrheiten und persönlicher Macht« ziele. »Es ist der Versuch, den Drohungen mit der ‘schweigenden Mehrheit’ einen organisatorischen Ausdruck zu geben, der im Rahmen des demokratisch Legitimen bleibt« (Wentz 1981). Allerdings sei dies nur eine »Hoffnung« von Teilen der Parteiführung, denn große Teile der AfA seien der sozialdemokratischen Regierungspolitik gegenüber durchaus kritisch eingestellt. Diese widersprüchliche Argumentation kann nicht erklären, warum selbst der Glotz-Vorschlag nicht durchsetzbar war.

Kritik oder Unterstützung der AfA-Initiative sind kaum ausreichend mit innerparteilichen Flügelkämpfen zu erklären. Die ablehnende Haltung ist nicht vorrangig auf ein »linkes' oder 'rechtes' Mißtrauen« zurückzuführen, sondern auf ein »Mißtrauen, das aus der Unsicherheit erwächst, wie diese Betriebs- und Personalräte politisch einzuordnen und in die gewohnten Geschäfte einzubinden seien« (Diehl 1982, S.428f.). Ausschlaggebend war die Furcht, die Veränderung der Mandatsverhältnisse trage »Unruhe« in die Partei<sup>4</sup>. 'Sonderdelegationen' von Betriebsfunktionären (Diehl 1982, S.428) könnten insbesondere auch die 'bewährten' Absprachesysteme bei innerparteilichen Kandidatenaufstellungen stören. Im Anschluß an die organisationspolitische Funktionärskonferenz der SPD vom Oktober 1981 erarbeitete die Kommission »Organisationsfragen« des AfA-Bundesvorstandes den Entwurf einer »Richtlinie für die politische Betriebsarbeit in der SPD«, die der Organisationskommission beim Parteivorstand (Vorsitz Herbert Wehner) Ende 1981 unter dem Titel »Wege in die Partei« vorgelegt wurde. Die AfA drängte darauf, »daß der Münchner Parteitag der SPD über die Vorschläge zur Organisation der Betriebsarbeit berät und formell beschließt« (Artikeldienst). Der 6seitige Entwurf lag der Bundeskonferenz der AfA im Februar 1982 als Entschließungsantrag des AfA-Bundesvorstandes vor:

Die Präambel enthält die generelle Begründung, »betriebstätigen« Arbeitnehmern einen besseren Zugang zur Politik zu ermöglichen. Während viele der folgenden Punkte weitgehend im Rahmen des bisherigen Rollenverständnisses der AfA bleiben, beziehen sich die Punkte 1 und 7 (»Politische Betriebsarbeit ist Parteiarbeit« und »Verstärkung der Rechte für Betriebsgruppen - Zugang zur politischen Willensbildung«) auf den Kern der organisationspolitischen Diskussion.

Punkt 1 bezeichnet grundsätzlich die *Gleichrangigkeit* von politischer Betriebsarbeit und Vertrauensarbeit im Ortsverein. Nachdrücklich werden die Unterbezirke u.a. aufgefordert, »alle zwei Jahre auf ihren Parteitag über den Stand und die Entwicklung der Betriebsarbeit in ihrem Organisationsbereich Rechenschaft zu geben«.

Daran anknüpfend formuliert Punkt 7 die Aufforderungen an die Unterbezirke, ihre Satzungen für die Realisierung des Glotz-Vorschlages und für die Zuerkennung des Antragsrechts der Betriebsgruppen zu den Unterbezirksparteitagen zu ändern.

Die Antragskommission der AfA-Bundeskonferenz empfahl, die Entschließung anzunehmen, behielt sich jedoch vor, »wegen der laufenden Beratungen im Parteivorstand eine aktualisierte Empfehlung der Bundeskonferenz vorzulegen«. Diese Vorsichtsmaßnahme erwies sich als begründet: 10 Tage vor der Bundeskonferenz beschloß der Parteivorstand »Richtlinien für die politische Betriebsarbeit der SPD«, die dem Bundesparteitag in München vorgelegt werden sollten. Sie wurden als Pressemitteilungen auf der AfA-Bundeskonferenz verteilt.

Die Präambel und die Punkte 1 - 6 sind weitgehend mit dem Richtlinienentwurf des AfA-Bundesvorstandes identisch. Doch in dem entscheidenden Punkt 7 »Stärkere Beteiligung von Arbeitnehmern an der politischen Willensbildung« wird das Kernstück der AfA-Initiative gekippt: die statutarische *Absicherung* der Gleichrangigkeit von Betriebsarbeit und Vertrauensarbeit im Ortsverein. Stattdessen formuliert der Parteivorstand *Aufforderungen* an

- die *Ortsvereine*, »insbesondere die betriebstätigen Arbeitnehmer bei der politischen Willensbildung und bei der Wahl von Delegierten und Mandatsträgern stärker zu berücksichtigen«;
- die *Betriebsgruppen*, »Stellungnahmen in den Willensbildungsprozeß der Partei zu geben« und »sich bei anstehenden innerparteilichen Wahlen und Kandidatenaufstellungen mit Personalvorschlägen zu beteiligen«, die z.B. auf einer Betriebsgruppenkonferenz des Unterbezirks erarbeitet werden.

- Aufgenommen wurde die Forderung der AfA nach der *Rechenschaftspflicht* der Parteivorstände über Stand und Entwicklung der politischen Betriebsarbeit auf den ordentlichen Parteitag. (Pressedienst Service-Presse, Funk, TV, Nr. 78/82, 16.2.1982)

Die Zielrichtung des AfA-Entwurfs, die *Unterbezirke zu verpflichten*, der Betriebsorganisation verbesserte innerparteiliche Mitwirkungschancen einzuräumen, wird zum *Appell an die Betriebsgruppen*, sich verstärkt zu engagieren<sup>5</sup>

Während der Parteivorstand die AfA-Initiative ablehnte, einen stärkeren Arbeitnehmereinfluß in der Partei von »unten« her, von den Betriebsgruppen, zu sichern, erhielt der Gewerkschaftsrat, der sich aus *Spitzenvertretern* der Partei, der Gewerkschaften und der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen zusammensetzt, volles Rederecht auf den Parteitag. Mit dem Abblocken möglicher Initiativen aus den Betrieben und der gleichzeitigen Untertreibung von Absprachegremien auf Spitzenebene hatte die Parteiführung auch früher schon versucht, Probleme der Partei als »Organisationsprobleme« zu behandeln und als solche »zu lösen« (insbesondere Mitte bis Ende der 60er Jahre). Die Beschlüsse von 1981 und 1982 dokumentieren daher auch die Kontinuität der bisherigen organisationspolitischen Strategien der SPD zur Stabilisierung der Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften/traditionellen Mitglieder- und Wählerkernen (dazu mehr im Teil III).

Zum Zeitpunkt der AfA-Bundeskonferenz waren die Vorschläge für verbesserte innerparteiliche Einflußmöglichkeiten der in Partei- und parlamentarischen Gremien unterrepräsentierten Arbeitnehmer fast ein Jahr lang diskutiert worden. Eine breite Mehrheit in der AfA unterstützte inhaltlich die Entschließung des AfA-Bundesvorstandes. Dennoch kam es auf der Bundeskonferenz nicht zu einer öffentlichen Diskussion über die Zurückweisung der Kernpunkte der Initiative durch den Parteivorstand. Ohne Aussprache und mit großer Mehrheit nahm die Bundeskonferenz die Entschließung des Bundesvorstandes mit einer von der Antragskommission empfohlenen Vorbemerkung an. Darin werden die Richtlinien des Parteivorstandes als erster Schritt, »sozialdemokratische Betriebsgruppen stärker an der Gestaltung der Politik zu beteiligen«, begrüßt. Die Partei wird aufgefordert, »in den kommenden Jahren die sich aus der Beschluslage des Parteivorstandes ergebenden organisationspolitischen Konsequenzen zu ziehen.«

Das Verhalten der Bundeskonferenz dokumentiert nicht nur die Kräfteverhältnisse innerhalb der AfA, sondern vor allem auch die Grenze der Konfliktbereitschaft gegenüber dem Parteivorstand. Zwar haben heftige Auseinandersetzungen über die zu beschließende Richtlinie auf einer Sitzung von Bundesvorstand, Bundesausschuß und Antragskommission am Tag vor der Abstimmung stattgefunden. Diskutiert wurde jedoch, ob der AfA-Entwurf nach der Entscheidung des Parteivorstandes zurückgezogen werden sollte. Die Mehrheit entschied sich jedoch dafür, den Antrag nicht zurückzuziehen - sondern mit dem »Vorbehalt« zu verabschieden. Das Aushandeln und Abstimmen von inhaltlichen Kompromissen in dieser seit Monaten diskutierten organisationspolitischen Frage war bereits gelaufen, als die Bundeskonferenz darüber beschloß. Die bisherige Strategie der AfA, ihre Positionen nicht in medienwirksamer offener Konfrontation durchzusetzen, sondern eher über interne Gespräche Einfluß zu nehmen, also ohne Mobilisierung ihrer Betriebsgruppenbasis eine relativ abgehobene Funktionärspolitik zu betreiben, setzte sich wiederum durch - und wurde diszipliniert befolgt.

Zur internen Konfliktregulierung wird zusätzlich der spürbar auf dieser Bundeskonferenz lastende Außendruck beigetragen haben. Zwar wurde die Regierungspolitik der SPD schon seit Jahren aus den eigenen Reihen kritisiert, doch die Haushaltsbeschlüsse seit 1980 rühr-

ten fundamental an das sozialdemokratische Selbstverständnis. Die Ergebnisse der Kommunal- und Landtagswahlen, die Mitgliederentwicklung, der verstärkte Rückzug aus dem »Parteileben«, die zunehmend heftigere Kritik aus den Gewerkschaften – all dies dokumentierte die Grenzen der Belastbarkeit einer Partei, die nach ihrem Selbstverständnis Arbeitnehmerpartei sein will und in der Regierungsverantwortung steht. Für den Münchner Parteitag wurden Zerreißproben erwartet zwischen Positionen, die der SPD-Führung in der Regierungskoalition relativen Spielraum verschaffen (also helfen, Regierungshandeln zu rechtfertigen), und solchen Positionen, die orientiert an sozialdemokratischer Programmatik konkrete, auf Regierungshandeln bezogene Forderungen formulieren (also den Legitimationsdruck verstärken).<sup>6</sup> Offensichtlich wollte die Konferenzregie aus Rücksicht auf die öffentliche Wirksamkeit alle Kontroversen vermeiden, die als Belastung für den Parteitag und für die Durchsetzungschancen der dort von der AfA vertretenen Interessen eingeschätzt werden könnten.

Die (Selbst)Disziplinierung der AfA kann nur überraschen, wenn die Entstehung und bisherige Entwicklung dieser »Arbeitsgemeinschaft« außer Acht gelassen werden. Das aktuelle Verhalten der AfA liegt ganz auf der Linie der ihr vorgängig zugeordneten Funktionsweise: der Legitimationssicherung für die SPD »im Arbeitnehmerbereich«. Diese Funktionszuweisung ist von der AfA von Beginn an anerkannt worden; sie hatte immer Vorrang vor der Funktion, Arbeitnehmerinteressen in oder gar gegenüber der SPD zu vertreten (vgl. Hella Kastendiek 1978). Dies erklärt den relativ ruhigen Verlauf der Konferenz, die von einer Haltung des »Durchstehens« dominiert war.

## 2. Der »Parteitag der Arbeit« - zur organisationspolitischen Diskussion des SPD-Bundesparteitages 1982

Wenn die AfA vorrangig mit den mangelnden innerparteilichen Beteiligungschancen ihrer Zielgruppe argumentierte, dann sollten die vorgeschlagenen Veränderungen der Parteiorganisation zugleich auch Voraussetzungen dafür sein, die Gewichtung innerparteilicher Schwerpunktthemen zu verändern:

»Die sozialdemokratischen Arbeitnehmer müssen darauf hinwirken, daß die Sicherung der Arbeits- und Existenzbedingungen zur Hauptfrage unserer Politik gemacht wird. Sie müssen sich jeder Tendenz und jedem Versuch widersetzen, die Politik und die Energie der SPD auf andere Felder abzuverlagern. Die SPD muß zur führenden politischen Kraft bei der sozialen und humanen Gestaltung der Strukturveränderungen der 80er Jahre werden. Das ist Voraussetzung von Regierungsfähigkeit« (Rohde 1981, Bundesvorsitzender der AfA, MdB und stellv. Fraktionsvors., m. Hervorheb.).

Entsprechende Hoffnungen knüpfte die AfA insbesondere an die Vorschläge, die die Arbeitsgruppe »Beschäftigungspolitik« der SPD-Fraktion im Bundestag unter Vorsitz von W. Roth erarbeiten sollte. Ein »Aussteigen« aus der Industriegesellschaft kommt für die AfA nicht infrage,

»sondern ihre humane und soziale Ausgestaltung heißt unser Programm«. Ökonomie (Sicherung von Beschäftigung) und Ökologie (Verbesserung der Lebensumwelt) müßten miteinander in Einklang gebracht werden. Gewarnt wird vor einer einseitigen Orientierung der Partei auf das Wählerpotential der Grünen und Alternativen. Zugleich wird die Wirtschafts- und Sozialpolitik der sozialliberalen Koalition kritisiert. Zur Verlässlichkeit in der Koalition gehöre auch, »daß in ihr unübersehbar wird,

was aus sozialdemokratischer Sicht vor allem im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich geleistet werden muß, um Grundlagen der Koalition nicht zu gefährden. Zu diesen Grundlagen gehört ohne jeden Zweifel, das Vertrauen der Arbeitnehmerschaft nicht Erschütterungen und Belastungsproben auszuliefern« (Rohde 1981).

Der organisationspolitische Vorstoß der AfA läßt sich m.E. als Reaktion darauf interpretieren, daß die Beziehungen der Partei zu (sozialdemokratischen) Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären *wegen* der von der Koalition betriebenen Krisenlösungspolitik lockerer bzw. gespannter geworden waren. Der AfA-Initiative liegt ein Politikkonzept eines sozial gesteuerten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Umstrukturierungsprozesses zugrunde, und sie ist zugleich auch ein Versuch, den Instabilitäten eines solchen Prozesses entgegenzuwirken. Das erinnert an die »konzentrierte Aktion« für eine »Modernisierung der Volkswirtschaft«. Strukturpolitische Steuerung sei, so Hauff und Scharpf, immer auch als soziale Steuerung zu begreifen, und diese sei auf ein 'intaktes' Verhältnis von SPD-Gewerkschaften-Arbeitnehmern angewiesen. Mit dieser Strategie eines *dynamischen Wandlungsmodells* sind auch die Grenzlinien zur Position Richard Löwenthals gezogen, dessen Politikkonzept sich ausschließlich an den *traditionellen Werten* der Industriegesellschaft orientiert.

Vor dem Parteitag vom April 1982 faßte der AfA-Bundesvorsitzende die AfA-Erwartungen an den »Parteitag der Arbeit« noch einmal zusammen:

»Den Sozialdemokraten und den Vertrauensleuten aus den sozialdemokratischen Betriebsgruppen den Zugang zur Gesamtpolitik zu erleichtern, den Charakter und die Entwicklung der Partei von deren Lebenserfahrungen kennzeichnen zu lassen und in der Gesamtpolitik Arbeitnehmerinteressen deutlich werden zu lassen, das meint die Frage an den nächsten SPD-Parteitag.« Zur Debatte stehe »der Charakter der SPD im ganzen«. Von den Antworten des Parteitages hänge »die Stärke und die Rolle der SPD in der Gesellschaft ab«. Deshalb warne er davor, den »Antrag zur Betriebsarbeit der SPD und zu ihren Auswirkungen auf die Organisation und die politischen Entscheidungen« als Routedokument zu verstehen. Für ihn gehöre der Antrag »zur Weichenstellung für die Zukunft« (Rohde 1982).

Eine massive Kritik an der bisher von der SPD mitgetragenen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik hatte zuvor ein zentrales Konfliktfeld (neben der Sicherheits- und Energiepolitik) angekündigt; diesmal nicht allein vom linken Flügel der Partei ausgehend, sondern wesentlich getragen von den der Parteiführung traditionell verbundenen Gruppierungen in Partei und Gewerkschaften. München sollte der Anfang sein, den Trend der bisherigen Krisenlösungspolitik, die zu einem Gesichtsverlust der SPD als Arbeitnehmerpartei geführt habe, zu stoppen (vgl. H.-O. Bäumer, Vors. des SPD-Bezirks Niederrhein, Spiegel-Interview v. 19.4.1982). Die offene Kritik war für die Parteiführung ein Signal, die SPD wieder verstärkt als Arbeitnehmerpartei zu profilieren. Das drückte sich auch im Rechenschaftsbericht Willy Brandts aus (vgl. Brandt 1982). Wie schon in den Auseinandersetzungen der vorangegangenen Monate über die »Identität der Partei« sprach er von der Erneuerung und Bestätigung des Bündnisses »der Arbeitnehmer mit all denen, die eine aktive Sicherung des Friedens, der geistigen Freiheit und der sozialen Reformen wollen« (S.7). Die Beschäftigungspolitik sollte der eigentliche Schwerpunkt des Parteitages werden, da die Partei daran gemessen werde, »ob wir uns als Partei der Arbeit bewähren. Und als Partei der Arbeiter« (S.10). Auch den Antrag zur Stärkung der Betriebsgruppen stellte er in diesen Zusammenhang (vgl. S. 19f.).

Themenschwerpunkte des *Arbeitskreises »Organisationspolitik«* waren u.a. die politische Be-

triebsarbeit; die Stellung und Arbeit der Ortsvereine; Aufgaben und Strukturen der Arbeitsgemeinschaften.

In seinem einführenden Referat nannte Peter Glotz Daten zur Mitgliederentwicklung und -struktur, zitierte Ergebnisse neuerer Wahlenanalysen und gab einen Überblick über die im Arbeitskreis zu behandelnden Konzepte zur »Modernisierung der Parteiorganisation«. 1981 habe die SPD einen Mitgliederrückgang von 3,3% hinnehmen müssen; seit 1980 seien 9% der Wahlbevölkerung von der Partei abgewandert. Wie zuvor Willy Brandt bezog er sich indirekt auf den durch die Löwenthal-Thesen aufgebrochenen Streit um die Identität der Partei und betonte, daß »aus den Ergebnissen der Sozialforschung und aus den praktischen Erfahrungen der Parteiorganisation (...) die Patentrezeptinhaber, die entweder auf 'die kritische junge Generation' oder die 'Stammwähler' schwören, *keinen Honig saugen*« könnten. (Glotz 1982a, S. 1f.) Für Glotz ist die SPD als Arbeitnehmer- und auch Arbeiterpartei nicht infrage gestellt. Die neueste Analyse der Mitgliederdatei zeige,

»daß die Arbeiter mit 28% nach wie vor die größte Berufsgruppe in der SPD stellen (...) Nichts zeigt deutlicher als diese Statistik, daß die SPD weiterhin die Partei der Arbeitnehmer und ihrer Familien ist«. Von den zwischen 1966 und 1969 neugewonnenen Mitgliedern waren 30% Arbeiter; zwischen 1979 und 1980 waren es 29%. »Es kann also keine Rede davon sein, daß die Sozialdemokratie die Arbeiterschaft nicht mehr repräsentiert« (Glotz 1982a, S. 3).

Dies wird von den genannten Daten jedoch keineswegs belegt. Unerwähnt bleibt nicht nur, daß der Anteil der Arbeiter an der Mitgliedschaft der SPD seit Mitte der 60er Jahre im Vergleich zur Entwicklung der Berufsstruktur der Bevölkerung erheblich gesunken ist<sup>8</sup>. Vor allem wird mit diesen Daten die zentrale Begründung der AfA-Initiative übergangen: die SPD müsse diese »nach wie vor größte Berufsgruppe in der SPD« auch in ihren Beschlußgremien entsprechend repräsentieren. Viele, auch parteiinterne Analysen belegen, daß Arbeiter in den Vorständen deutlich unterrepräsentiert sind; so geht »der Mitgliederanteil in dem Umfang unter den Führungsanteilen zurück (...), wie die Führungsebene steigt« (Bretschneider 1978, 59). Während 1977 in den Ortsvereinen noch 27,4% der Funktionäre (Fach-)Arbeiter waren, waren es in den Unterbezirken nur noch 7,5% und in den Bezirken gar nur 6,8% (vgl. ebd., S. 58).

Lt. Glotz gehören der SPD über 90.000 Betriebs- und Personalräte an. »Fast 10% unserer Mitglieder sind aktive Betriebs- und Personalräte. Das heißt, daß *gewerkschaftliche Arbeit* zu einem ganz erheblichen Teil *von den Sozialdemokraten bestimmt* wird« (Glotz 1982a, S. 3, m. Herv.). Das ging zwar an der Forderung der AfA vorbei, bessere Durchsetzungsmöglichkeiten für gewerkschaftlich orientierte Politik *in der Partei* zu schaffen, aber das verdeutlicht auch 'sehr schön' die eigentlichen Funktionszuweisungen an die AfA (vgl. dazu den Teil III.2.).

Die mangelnde Repräsentanz der in den Betrieben aktiven Sozialdemokraten in den Partei-gremien ist aber auch für Glotz ein Problem. Es folge daraus, »daß viele von den gewerkschaftlich aktiven betriebstätigen Arbeitnehmern durch ihre unterschiedlichen Funktionen so aufgefressen werden, daß sie oft nicht mehr die Zeit und Kraft aufbringen, um Delegiertenmandate in der Partei anzustreben oder anzunehmen (ebd.). Während Glotz die Doppelbelastung *beklagte*, wollte die AfA sie durch die Gleichstellung von Betriebsarbeit und Arbeit in den Ortsvereinen *aufheben*: Weil die »Erfahrungen zeigen, daß sich die in den Betrieben aktiven Sozialdemokraten für die politische Betriebsarbeit und Gewerkschaftsarbeit entscheiden« (Initiativantrag Nr. 4 NRW 1981)<sup>9</sup>, müßten die *dabei* erbrachten



Leistungen genauso ein innerparteiliches Mitwirkungs- und Mandatsrecht begründen wie die Tätigkeit im Ortsverein.

Neben der Belastung durch Gewerkschafts- und Betriebsarbeit diskutierte der Arbeitskreis vor allem die Arbeitsbedingungen und die besonderen gesellschaftlichen Benachteiligungen der Schichtarbeiter und auch »die oft unverständliche Themenstellung und Sprache der Parteidiskussionen«.

»Einhellig« begrüßten die Teilnehmer des Arbeitskreises Organisationspolitik die vorgelegten »Richtlinien zur politischen Betriebsarbeit der SPD«. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur stärkeren Beteiligung von Arbeitnehmern an der politischen Willensbildung seien aber zu präzisieren. Während der Parteivorstand die Arbeitnehmerkonferenzen, die vor Unterbezirksparteitagen stattfinden sollten, lediglich als *einen möglichen Weg* für die Vorbereitung von Personalvorschlägen betrachtete, sollten die Unterbezirke *verpflichtet* werden, »vor jedem ordentlichen Unterbezirksparteitag eine Betriebsgruppenkonferenz abzuhalten« (Bericht AG Organisationspolitik, S. 1). Erreicht wurde jedoch nur eine Änderung der Kann- in eine Soll-Formulierung; ob eine solche Konferenz stattfindet, hängt also vom guten Willen des Unterbezirks und/oder von der Stärke der Betriebsgruppen/Afa ab.

Um gewerkschaftliche Vertrauensleute und Betriebsräte stärker in die Parteiarbeit zu integrieren, wurde darüberhinaus im Arbeitskreis und im Plenum des Parteitages gefordert, Betriebs- und Personalräte sowie Mitglieder von Betriebsgruppen regelmäßig auch zu den Unterbezirks- und Bezirks-Parteitagen einzuladen und ihnen ein Rederecht zu geben. Auch dieser mit Beifall aufgenommene Vorschlag hatte nur Empfehlungscharakter. Vor allem tangierte er nicht die jeweiligen innerparteilichen Machtverhältnisse, weil die Auswahl der einzuladenden Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre von den jeweiligen Parteivorständen getroffen wird (ganz abgesehen vom nicht gewährten Stimmrecht).

Mit großen Mehrheiten verabschiedete der Parteitag nach nur kurzer Aussprache die Anträge zur Organisationspolitik, deren Annahme von der Antragskommission empfohlen worden war. Das heißt auch, daß die Ortsvereine als »Basis der Parteiarbeit« bestätigt wurden (Antrag des Bezirks Franken)!

Die *Modernisierung, Effektivierung und Neubestimmung der Parteiorganisation* - vor allem der Ortsvereine - war das zweite wichtige organisationspolitische Thema des Parteitages. Die Partei müsse sich »als Initiator und Träger des demokratischen Dialogs in der Gesellschaft« begreifen. Parteiarbeit dürfe sich nicht auf Wahlkämpfe und Delegiertenkonferenzen reduzieren, sondern müsse sich »spontanen Bürgeraktionen und kulturellen Lebensformen öffnen. Die Parteiorganisation muß im Ortsverein durch Annahme und Vermittlung vielfältiger kultureller Lebensformen der kulturellen Verarmung ihrer Basis und der politischen Strukturen insgesamt entgegenwirken.« Dieses Ziel wurde in dem Beschluß jedoch nicht weiter präzisiert. Er umfaßte auch nur den letzten Teil des Antrages »Standortbestimmungen der SPD und Erneuerung der Parteiorganisation« des Bezirks Franken. Die übrigen Teile, die zum Dialog über die Standortbestimmung der SPD, zur Diskussion über die Weiterentwicklung des Godesberger Programms und zur programmatischen Formulierung kurzfristiger Ziele auffordern, wurden als Material an den Parteivorstand überwiesen. Damit sollte die Neuauflage unversöhnlicher innerparteilicher Kontroversen, die die Diskussion über die Löwenthal-Thesen bestimmte, vermieden werden. Beschlossen wurden nur das relativ abstrakte Ziel der Parteierneruerung und vor allem technische Hinweise zur Effektivierung der Arbeit in den Ortsvereinen: Modellversuche mit lokaler Videoberichterstattung; Erarbeitung von Modellen für die örtliche Bildungsarbeit unter Einsatz von

Videotechnik; Bürgerbüros für die Mandatsträger aller Ebenen; bessere Ausstattung der Abt. Organisation beim Parteivorstand zur Förderung der Arbeit in den Ortsvereinen; jährliche Berichte des Parteivorstandes und der Bezirke zur Situation der Ortsvereine. Diese Maßnahmen waren ebenfalls in der dem Parteitag vorgelegten 15-seitigen Ausarbeitung »Lebendiger Ortsverein« genannt worden (»Lebendiger Ortsverein«). Das Papier dokumentiert den prekären Zustand der *gesamten* unteren Ebene der Parteiorganisation:

Seit Anfang der 70er Jahre zeigten sich »bei der SPD zunehmend organisatorische Schwächen und abnehmendes persönliches Engagement«. Die Mitgliederzahl stagniere seit Mitte der 70er Jahre, sei zuletzt sogar rückläufig. Das demotiviere aktive Mitglieder (S. 1). Konfrontiert sei die Partei u.a. mit einer soziologischen Umstrukturierung der Mitgliedschaft, mit der »Orientierung von Teilen der jüngeren Generation zu Grünen und radikalen Gruppierungen« und mit »Motivierungs- und Verständigungsprobleme(n) bei der Zusammenarbeit mit Organisationen des vopolitischen Raums« (S.2). »Symptomatisch für die SPD-Entwicklung der 70er Jahre« sei »die mehr und mehr nachlassende Integrationsfähigkeit der SPD in den Großstädten, die sich neuerdings auch in den mittleren Städten bemerkbar« mache (S.7). Kritisiert wird die starke Innenorientierung der Partei. Sie müsse sich entscheiden, »ob der SPD-Ortsverein ein bloßer 'Wahlhelferverein' oder ein lebendiger sozialer Organismus mit politisch und gesellschaftlich prägender Kraft sein soll« (S.8).

Auch dieses Papier vermied eine Analyse der Ursachen des Integrationsverlustes. Übergangen wurde die seit Mitte der 70er Jahre in der Partei zunehmend stärker kritisierte Funktionalisierung der Partei als »Vorfeld der Regierungspolitik« (Parteirat 79, Dammeyer, S.7) und deren negativen Auswirkungen für die Parteiarbeit. Zwar wurden als eine »Voraussetzung für eine Vertrauensarbeit im Ortsverein« konstatiert, daß »alle Formen von Vertrauensarbeit (...) nur erfolgreich angewendet werden (können), wenn die politischen Inhalte stimmen und es gelingt, sozialdemokratische Politik glaubwürdig auf allen Ebenen darzustellen« (»Lebendiger Ortsverein«, S.8), doch die weiteren Ausführungen beschränkten sich ausdrücklich auf *organisatorische Mängel* und auf Vorschläge über neue *Formen* der Vertrauensarbeit.

Dennoch kennzeichnete Peter Glotz die Beschlüsse zur Organisationspolitik als eine

»klare Entscheidung für eine *in der gesamten Lebenswelt der Menschen verankerte Mitgliederorganisation* und die Absage an eine nur auf Staat und Verwaltung orientierte Wahlmaschine. Damit ist das unentschiedene Hin und Her zwischen den quasi modernen, seit den späten 50er Jahren propagierten Konzepten der 'amerikanisierten', 'antiideologisierten', sozialwissenschaftlich inspirierten Medienpartei und der Partei als Gesinnungsgemeinschaft und Lebenswelt vorbei« (Glotz 1982b, S.411).

Offensichtlich sollen beide Richtungen in einem neuen Konzept integriert werden, das sowohl die Integrationskraft der Partei gegenüber Mitgliedern und Wählern als auch Anforderungen der Parteiapparate an die Mitgliederorganisationen gewährleisten soll. So sei das Konzept

»natürlich *kein* Rückweg in die 'Gegenkultur'; (...) Aber es ist eine Korrektur der allzu eifertigen 'Modernisierung' der späten 50er und frühen 60er Jahre, in denen wir - um beim Bürgertum akzeptabel zu werden - die politische Kultur der Arbeiterschaft geopfert haben. Es ist, wenn man so will, eine Annäherung an den österreichischen Weg: Eine Rückbesinnung auf die Ortsvereine, eine bewußte Stärkung des Arbeiterelements, eine verstärkte Förderung der Freizeit- und Lebensweltorganisation der Arbeiterbewegung, ein deutlicheres Einlassen auf die Frauenemanzipation und andere Kulturbewegungen und gleichzeitig ein striktes Festhalten an der Struktur einer rasch mobilisierbaren und konfliktfähigen Organisation mit klaren Entscheidungsstrukturen« (ebd.).

Dieses Konzept einer sich wieder stärker als Arbeitnehmerpartei profilierenden SPD, die sich vor allem auf örtlicher Ebene zugleich den neuen sozialen Bewegungen öffnet, jedoch bisherige Entscheidungsstrukturen unangetastet läßt, ist - soweit es nicht verbal bleibt - der Versuch einer programmatischen und organisatorischen Synthese gegensätzlicher Anforderungen an die Partei. Damit wurde die kontroverse Diskussion um die Identität der Partei erst einmal organisationspolitisch aufgefangen.

### *III. Die Kontinuität der Organisationsprobleme als Ausdruck der Strukturprobleme einer staatstragenden Arbeitnehmerpartei*

#### *1. Die Organisationsprobleme der SPD als Ausdruck der Strukturprobleme einer »linken Volkspartei«*

Die Diskussion über eine stärkere Beteiligung sozialdemokratischer Funktionsträger aus Betrieben, Verwaltungen und Gewerkschaften an der innerparteilichen Willensbildung und die Struktur entsprechender organisationspolitischer Beschlüsse haben in der SPD seit ihrer Regierungsbeteiligung Kontinuität. So war auch die Gründung der AfA ein Versuch, das Verhältnis zu den Gewerkschaften und ihrem traditionellen Mitglieder- und Wählerkern zu stabilisieren.

Ein zunehmend konfliktorisches Verhältnis von SPD und Gewerkschaften zeigte sich bereits Anfang der 60er Jahre - als Folge der mit dem Godesberger Programm abgeschlossenen Entwicklung des Selbstverständnisses der SPD von einer reformistischen Arbeiterpartei zu einer reformkapitalistischen Volkspartei, »zu einer über den Klassen stehenden Partei des sozialen Friedens«. Gerade als »programmatische Festschreibung« der Anpassungsprozesse der SPD

»und als Ausgangspunkt einer neuen, vom Ballast des antikapitalistischen Reformismus befreiten Politik gewinnt das Godesberger Programm ein Eigengewicht für das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften. Es ist der Endpunkt einer Phase, in der die arbeitsteilige Einheit der Arbeiterbewegung sich auflöst: Der 'politische Arm' der Arbeiterbewegung verselbständigt sich vollends« (Zeuner 1976, S. 14).

Das Konzept einer Integration unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen in eine gemeinwohlorientierte Politik gibt Arbeitnehmerinteressen implizit den Charakter von partikularen und tendenziell gleichgeordneten Interessen, und die Gewerkschaften werden, wenn auch wichtige, Verbände neben anderen. Die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung wird in diesem Konzept zum 'Interessenausgleich', und mit dem Godesberger Programm bot sich die SPD als *die* Partei an, die am besten diesen Interessenausgleich moderieren und am ehesten den dafür erforderlichen Grundkonsens schaffen und stabilisieren könne. Es war dann auch diese Vorstellung, die die Politik der SPD als Regierungspartei geprägt hat (vgl. Hans Kastendiek 1980, S. 102). All dies mußte sich erheblich auf die Beziehungen von Partei und Gewerkschaften auswirken: Das sozialdemokratische Konzept ist widersprüchlich, weil es eine größere Distanz zu den Gewerkschaften verlangt, die Partei jedoch zugleich wegen ihrer Mitglieder- und Wählerbasis auf die - zumindest prinzipielle - gewerkschaftliche Zustimmung angewiesen bleibt.

Die spezifische organisationspolitische Konzeption des SPD Mitte der 60er Jahre (vgl. III.2.)

reagierte wesentlich auf diese neue Konstellation im Verhältnis von SPD und Gewerkschaften:

Mit dem Eintritt der SPD in die Große Koalition wurde eine Strategie staatlicher Gewerkschaftspolitik eingeleitet, die

»auf die *Etablierung von Verhandlungsstrukturen zwischen Gewerkschaften, Kapitalorganisationen und Staat* orientiert war«. »Diese Kooperationsformen sind das Merkmal und ein Bestandteil einer staatlichen Politik, die die industriellen Beziehungen nicht nur durch Rahmenseetzungen (...) regulieren will, sondern sie permanent politisch beeinflussen und lenken will. *Das Feld der industriellen Beziehungen ist zu einem besonderen Bereich staatlicher Politik geworden*« (ebd., S. 101). Diese Strategie zielt nicht nur auf die »Konsensbildung durch Interesseninteraktion« (Hoffmann 1982, S. 12), sondern ist bestimmt von einer »sozialdemokratische(n) Vorstellung einer staatlichen Moderation gesellschaftlicher Entwicklung und Auseinandersetzung, die auf eine Unterordnung der gesellschaftlichen Gruppen unter staatlich formulierte Imperative der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik angewiesen ist« (Hans Kastendiek 1980, S. 102).

Ausdruck dieser Strategie war die »Konzertierte Aktion« und ihre organisatorische Ausgestaltung. Für die Gewerkschaften bedeutete sie einen »Wendepunkt« im Verhältnis von Gewerkschaften und Staat, nämlich »ein Ausmaß staatlicher Kooperationsbereitschaft (...), wie es in anderen westeuropäischen Staaten z.T. schon vor Jahrzehnten entstanden war« (ebd., S. 101). Das wirtschaftspolitische Konzept der Regierung war für sie zunächst »auf weite Strecken« (Markmann 1967, S. 186 f.) identisch mit den wirtschaftspolitischen Leitsätzen ihres Grundsatzprogramms von 1963. Die Vorstände des DGB, der Einzelgewerkschaften und sicher die Mehrheit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder vertrauten darauf, daß in der Konzertierten Aktion und über die sozialdemokratische Partei gewerkschaftliche Vorstellungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik durchsetzbar sein würden. Die Gewerkschaften verzichteten auf eine Entfaltung gesellschaftlichen Drucks: die Priorität ihrer *institutionellen Strategie* hätte durch Mobilisierungsstrategien gefährdet werden können (Kastendiek/Kastendiek/Reister 1981, S. 167 ff.).

Die Kooperationspolitik der Gewerkschaften hatte für sie erhebliche innerorganisatorische Konsequenzen. Da die Konzertierte Aktion die Gewerkschaften auf »staatlich formulierte Imperative der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik« verpflichten wollte, verschärfte sich »die strukturelle Fixierung eines Gegensatzes zwischen Führung und ihrer Mitgliedschaft, sofern diese nicht selbst bereit ist, ihre unmittelbaren lohnpolitischen Interessen den Imperativen der staatlichen Wirtschaftsregulierung unterzuordnen« (Zeuner 1976, S. 18). Potentielle Konflikte verlagerten sich »in die Gewerkschaften und über die gewerkschaftliche Basis auch in die SPD hinein« (Schmidt 1977, S. 85). Die *inneren* Spannungen der SPD als Volkspartei wurden jetzt auch als *Außendruck* von Teilen der Gewerkschaften wahrgenommen.

Da die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Interessendurchsetzung in den Politikformen eines »bargained corporatism« (vgl. Crouch 1979, und Hans Kastendiek, 1980, S. 93f.) wegen des darin enthaltenen »fragilen Verhältnisses« zwischen Lohnarbeit und Kapital tendenziell instabil ist (bleibt), werden »Auffangmechanismen« notwendig. Die Gewerkschafts- und Parteiorganisationen als Teil eines Systems der »Mobilisierung und sozialen Kontrolle auf der Massenebene« (Panitch 1977, S. 66) müssen verändert werden, um eine Kooperationspolitik abzusichern.

Die Strategie der SPD zielte darauf, das Widerspruchspotential zu integrieren und zu disziplinieren. Führende Gewerkschafts- und Parteifunktionäre sollten in Gremien beteiligt

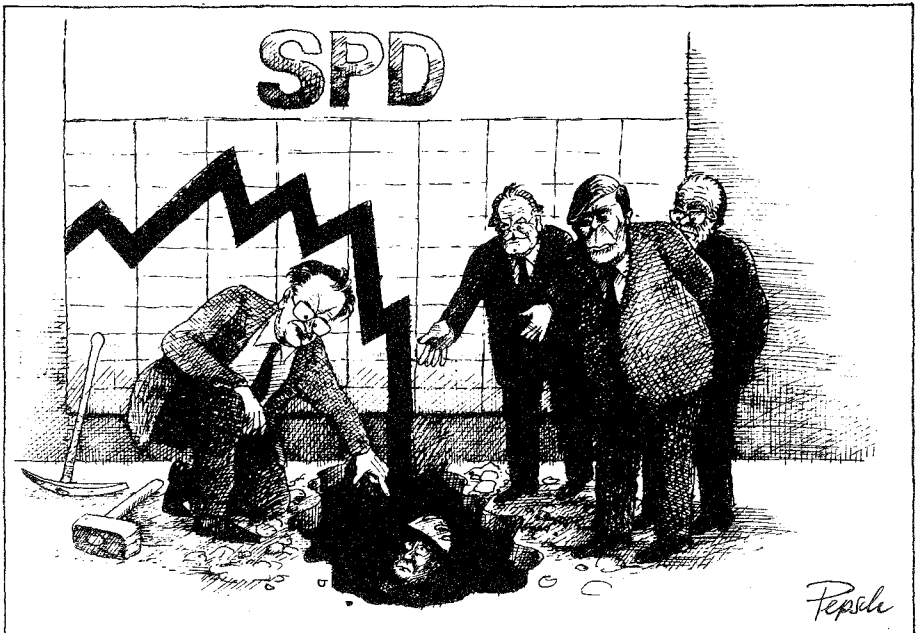
werden, die mit den Parteivorständen eng »verzahnt« wurden. Die Einbindung der auf den verschiedenen Parteebenen wichtigsten gewerkschaftlichen *Multiplikatoren* stand dabei im Vordergrund.

Diese vom Parteivorstand durchgesetzten Konzepte zur Konfliktregulierung zwischen Partei und Gewerkschaften entsprechen den grundsätzlichen Anforderungen von Volksparteien. Da sie »primär von ihrer Tätigkeit im Staatsapparat und von dessen gesamtgesellschaftlichen Funktionen her zu verstehen« sind, sprechen Kaste/Raschke von einer »Verstaatlichung« der Volksparteien,

»die sich organisationspolitisch in Autonomie und Dominanz der Partei im Staatsapparat gegenüber der Partei außerhalb des Staatapparats ausdrückt (...)« (Kaste/Raschke 1977, S. 50). Während »die Partei im Staatsapparat« (...) vor allem im politisch-administrativen System (fungiert), in dem sie Steuerungsfunktionen gegenüber dem ökonomischen System zu erfüllen hat, (fungiert) die Partei außerhalb des Staatapparats« (...) im legitimatorischen System, in dem sie sich um Legitimitätsbeschaffung teils für das System als Ganzes, teils für ihre Vertretung im Staatsapparat bemüht« (Raschke 1974, S. 31).

Funktionale Legitimationssicherung für und durch staatstragende Volksparteien in kapitalistischen, demokratisch-parlamentarischen Gesellschaftsordnungen muß also auf die »Gewährleistung von staatlicher Autonomie und - auf die Parteien bezogen - von Autonomie der Parteiführungen gegenüber der Parteibasis« gerichtet sein (Schmollinger/Stöss 1976, S. 232). Innerparteiliche Beteiligungschancen finden hier ihre Grenze.

Der Widerspruch von Systemfunktion und sozialer Basis der Partei stellt die *sozialdemokratische* Volkspartei vor besondere Probleme:



»Der Nichtentfaltung von Klassenbewußtsein und der Selektion klassenpolitischer Interessen bei der sozialdemokratischen VP steht (...) die prinzipielle Realisation und - je Situation - spezifische Vermittlung von Klasseninteressen bei der bürgerlichen VP gegenüber.« Daher muß »von einem hohen Autonomiegrad der sozialdemokratischen VP gegenüber der abhängigen Klasse und einem vergleichsweise niedrigeren Autonomiegrad der bürgerlichen VP gegenüber der Bourgeoisie ausgegangen werden« (Kaste/Raschke 1977, S. 54).

Der spezifische Gesellschaftsbezug der SPD verlangt damit von der Parteiorganisation besonders hohe Integrationsleistungen und gleichzeitig eine relative Abkoppelung der Parteiorganisation von ihrer gesellschaftlichen Basis. Diese widersprüchlichen Anforderungen bestimmen die innerparteilichen Strukturen, und sie schränken alle Versuche ein, sie 'von unten' zu ändern. »Attraktivität« und zugleich »Effektivität« der Parteiorganisation zu erreichen, ist somit ein Dauerproblem der SPD.

Die Strukturprobleme einer »Volkspartei« SPD, die die kapitalistische Wirtschaftsordnung grundsätzlich nicht infrage stellt, sondern »modernisieren« will, konstituieren zugleich den etatistischen Politikansatz bzw. die »etatistische Version des Reformismus« (Gransow/Offe 1981, S. 558). Das etatistische Konzept, »durch aktives Eingreifen in die Gesellschaft sozusagen emanzipatorische Prozesse 'von oben' ein(zu)leiten und zugleich den Imperativen der ökonomischen 'Basis' gerecht(zu)werden« (Hoffmann 1982, S. 14), versucht, den tendenziellen Gegensatz von sozialdemokratischer Identität (»Demokratisierung der Gesellschaft«) und Funktionalität der Partei im Regierungsprozeß kompatibel zu gestalten. Wie am Beispiel des Scheiterns des keynesianischen Klassenkompromisses der SPD gezeigt wurde (Hoffmann 1982), hebt dieses Konzept die strukturellen Probleme, die sich als Gegensatz von Mobilisierung und Deaktivierung (Interessenartikulation gegen Anpassung/Reduktion von Ansprüchen) ausdrücken, nicht auf, sondern bringt sie für eine spezifische Phase wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung in eine konfliktregulierende Bewegungsform.

Das Dilemma der sozialdemokratischen Massenintegrationspartei stellt sich in der organisationspolitischen Debatte (als *einem* Ausdruck der Auseinandersetzungen um die Identität und programmatische Entwicklung der SPD) als Frage nach dem Verhältnis von Integration der sozialen Basis der Partei in die Gesellschaft (d.h. Forcierung von Ablösungsprozessen aus einem politisch-kulturellen Milieu, aus dem Widerstandspotentiale auf Basis von Klassensolidarität erwachsen *können*) und Verankerung der Partei in der Lebenswelt ihrer Mitglieder (d.h. Stabilisierung eines spezifischen sozialdemokratischen Milieus, das aber zugleich tendenziell ein Gegenmilieu ist). Dieses Dilemma verschärfte sich seit Ende der 70er Jahre zusätzlich, als die SPD unter dem Eindruck der andauernden krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung einschneidende Krisenbewältigungskonzepte gegenüber ihrer traditionellen Basis vermitteln wollte und zugleich mit der Aufkündigung des gesellschaftlichen Basiskonsenses durch Teile der liberalen und konservativen Parteien sowie mit neuen sozialen Bewegungen konfrontiert wurde.

Für Peter von Oertzen sind diese Ablösungsprozesse das grundsätzliche Problem, das Ausgangspunkt der organisationspolitischen Diskussionen sein müßte. Während

»die Zugehörigkeit zur Partei (...) vor 1933 und noch deutlicher vor 1914 (...) Ausdruck der Zugehörigkeit zu einer *umfassenden sozialen und politischen Kultur*« war, »die Organisation der traditionellen Arbeiterbewegung (...) eine gesellschaftliche Lebensform« war, beruht »die Zugehörigkeit zur Organisation der Partei (...) heute - vor allem bei den politisch überdurchschnittlich aktiven Mitgliedern - überwiegend auf einer moralisch, politisch oder gelegentlich auch durch praktische Erwägungen be-

stimmten individuellen Entscheidung. *Die Organisation wird weitgehend funktional*, d.h. in Blick auf ihre politischen Zwecke, begriffen ...« Dies sei Folge der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung der (west)deutschen Gesellschaft seit 1948, die »die gesellschaftlichen Existenzbedingungen der alten 'Arbeiterpartei' auf(löste)«. Konsequenz des funktionalen Verständnisses von Organisation sei »die zunehmende soziale Distanz der Partei zu ihren traditionellen Mitglieder- und Wählerschichten«. Das »funktionale Verständnis der Organisation« beginne, »sich heute in der Praxis als unzweckmäßig zu erweisen« (v. Oertzen 1981, S. 103f.).

Die kulturelle Öffnung der Partei und die Stärkung des »Arbeiterelements« waren dann auch die Hauptthemen der organisationspolitischen Diskussion auf dem Münchner Parteitag 1982. Unsere Analyse im Teil II hat aber gezeigt, daß die Verankerung der Mitgliederorganisation in der gesamten Lebenswelt der Menschen (vgl. Glotz 1982b, S. 411) weitgehend Programm bleiben wird, weil die Beschlüsse - als neue organisationspolitische Kompromißformeln - dem strukturellen Dilemma einer sozialdemokratischen Staatspartei verhaftet bleiben. Das von weiten Teilen der Partei als Ursache der Parteikrise analysierte »Spannungsverhältnis zwischen sozialdemokratisch geführter Koalitionsregierung und Partei« (Antrag Niederrhein 1977, S. 690) kann durch die traditionellen Maßnahmen nicht aufgehoben werden. Vorschläge, die dieses Dilemma lösen wollen, indem die Partei einen programmatischen und konzeptionellen Führungsanspruch gegenüber der Regierung entwickelt und durch Mobilisierung von Interessen auch behauptet (vgl. ebd.), liegen quer zur Struktur von Staatsparteien. Sie werden daher abgeblockt bzw. »aufgefangen«.

Die Probleme und die Problemlösungsversuche lassen sich in ähnlicher Form auch in der *Gewerkschaftsorganisation* beobachten. Interpretieren lassen sich die tendenziell parallelen Entwicklungen im Verhältnis von Organisation(sapparat) und sozialer Basis einerseits als Folge staatlicher Gewerkschaftspolitik sozialdemokratischer Parteien *und* andererseits als Folge einer Strategie gewerkschaftlicher Interessendurchsetzung, die vorrangig auf den Staat und speziell auf die sozialdemokratische Partei in der Regierung orientiert ist. In diesem Kooperationsverhältnis erhalten die Gewerkschaften die Funktion »'intermediärer Organisationen' zwischen den zentralen Instanzen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und den Arbeitnehmern«. »Als *Massenorganisationen* kanalisieren, filtern und bremsen die Gewerkschaften den gesellschaftlichen Druck auf die Leitungsebene; als *Institutionen* im Beziehungsgeflecht von Staat, Kapitalorganisationen und Gewerkschaften sind sie Vermittler von gesellschaftlich-politischer Herrschaft« (Kastendiek/Kastendiek/Reister 1981, S. 172). Die Politik des intendierten »bargained corporatism« setzt nicht nur die Integration der Gewerkschaften in das bestehende Gesellschaftssystem voraus. Die *Dominanz* der Kooperationsstrategie in der gewerkschaftlichen Politik beschränkt *und* verpflichtet die gewerkschaftlichen Artikulationsmöglichkeiten auf die Prämissen dieser institutionellen Strategie, die so zu Kooperationserfordernissen werden. Organisationspolitische Strategien zur Absicherung dieser Politik (Folgebereitschaft der Mitglieder) bewirken bei den Gewerkschaften ähnliche Tendenzen im Verhältnis soziale Basis - Leitungsebene wie bei der SPD im Verhältnis zwischen traditionellem Mitglieder-/Wählerkern und Führungsapparat. Sowohl die Politik der sozialdemokratischen Volkspartei als auch der »partielle Korporatismus« in der Politik der Gewerkschaften (ebd., S. 170) behindern so die Mobilisierung und Verankerung gesellschaftlicher Gegenmachtpositionen (und untergraben damit tendenziell - dies zeigt sich in der anhaltenden wirtschaftlichen Krisensituation - die Chancen arbeitnehmerorientierter Interessendurchsetzung).

## 2. Kontinuität der Organisationsprobleme seit Mitte der 60er Jahre

Die aus den widersprüchlichen Funktionsanforderungen an eine staatstragende sozialdemokratische Volkspartei resultierenden *Strukturprobleme* werden in der SPD schon Mitte der 60er Jahre intensiv diskutiert – allerdings als *Organisationsprobleme*. Die Auswertung der damaligen Landtagswahlen hatte gezeigt, daß der Versuch, die soziale Basis der Partei zu erweitern, in sozialdemokratischen Traditionsgebieten zum Verlust von Stammwählern geführt hatte (Wahlenthaltung) (Friedrich 1969, S. 23). Voraussetzung für eine erfolgreiche Strategie der »Öffnung« der Partei wurde damit die Steigerung ihrer Integrationsfähigkeit. Diese erhöhten Anforderungen an die Integrationsleistungen kollidierten jedoch mit den Prämissen der Sicherung von Regierungsfähigkeit. Wachsende Anforderungen an staatliche Steuerungsfunktionen forcierten die Entwicklung zu relativ straff organisierten Mitglieder- und Wählergefolgschaftsparteien (vgl. Mintzel 1976, S. 169ff.). Prozessen der innerparteilichen Formierung zur Sicherung von Regierungsfähigkeit standen somit die erhöhten Anforderungen an die Integrationsfähigkeit der Partei gegenüber.

Die organisationspolitische Diskussion zielte darauf, beiden Tendenzen zu begegnen. »Die Rolle der Parteiorganisation in der heutigen Zeit« wurde mit den Schlagworten *Attraktivität* und *Effektivität* der Partei diskutiert (vgl. Jahrbuch der SPD 1966/67, S. 177). Im November 1966 organisierte die Partei eine Bundeskonferenz über »Die Rolle des Ortsvereins heute«. Referate und Diskussionen dieser Arbeitstagung erinnern stark an die neuere organisationspolitische Diskussion. Auch sie zielten auf neue Formen einer mitgliederaktiven Zielgruppenarbeit und zugleich auf eine leistungsstarke Parteiorganisation. Beides sollte mit dem Konzept »Klarheit in der Willensbildung – Vielfalt in der Meinungsbildung« (Bruno Friedrich) realisiert werden. Dies hieß für Friedrich, »daß nur die territorialen Organisationseinheiten willensbildende Gremien sein können (...), nicht die gesellschaftspolitischen Arbeitsgemeinschaften«. Dementsprechend schlug er vor, die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften zukünftig von den Parteivorständen zu ernennen. Dies stieß jedoch auf die Kritik der Konferenzteilnehmer (»Rolle des Ortsvereins heute«, S. 25f.).

In den Auseinandersetzungen zwischen Partei und Gewerkschaften in der ersten Phase »nach Godesberg« spielte insbesondere die Notstandsgesetzgebung eine große Rolle. Die Kritik von Teilen der Gewerkschaften an der Partei verdichtete sich zu Überlegungen, einen Arbeitnehmerflügel in der SPD (!) zu bilden. Die Notstandsgesetzgebung war jedoch nur ein Anlaß, wenn auch ein wichtiger, für diese Überlegungen. Nach der Entwicklung der SPD zur Volkspartei müsse das gewerkschaftliche Selbstverständnis *grundsätzlich* neu bestimmt werden, gerade auch wegen der sich abzeichnenden Tendenz einer Anpassung der Gewerkschaften an die Positionen der Partei.

Die SPD reagierte auf diese Entwicklung 1964 mit der Einrichtung eines »einheitliche(n) Referat(s) für Arbeitnehmerfragen« beim Parteivorstand. Es sollte dem besseren Verständnis gewerkschaftlicher Sorgen und Vorstellungen dienen.<sup>10</sup>

Die im Verhältnis von SPD als »Stimmenmaximierungspartei« und Gewerkschaften als Organisationen der Lohnabhängigen systematisch angelegten und daher immer latenten Konflikte wurden virulenter, als die SPD die Krisenlösungspolitik der Großen Koalition mitkonzipierte und mittrug. Mitte/Ende 1967 unternahm sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre in Rheinland-Pfalz und Hessen-Nord schließlich konkrete Versuche, einen Arbeitnehmerflügel in der SPD zu bilden (vgl. Hella Kastendiek 1978, S. 46-64).<sup>11</sup> Sie suchten eine Organisationsform, die den gewerkschaftlich orientierten Arbeitnehmern in



der Partei mehr Einfluß garantieren sollte. An bestehende Organisationen sozialdemokratischer Betriebs- und Gewerkschaftspolitik (Betriebsgruppen, Soziale Arbeitsgemeinschaften) wurde bewußt nicht angeknüpft, weil »deren selbstgestellte Aufgabe die Indoktrinierung der Arbeitnehmerschaft von der Partei her« war.<sup>12</sup>

Während der Vorsitzende des DGB Rheinland-Pfalz, Julius Lehlbach, eine »Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Gewerkschafter« (ASG) als »pressure group« gegenüber der Partei sah, die zunächst *außerhalb* der SPD auf DGB-Kreisebene bleiben sollte, planten die Initiatoren in Hessen-Nord die ASG als Arbeitsgemeinschaft *in* der Partei, als eine Voraussetzung für eine gewerkschaftlich orientierte Fraktionsarbeit mit dem vordringlichen Ziel, die weitere Überwälzung der Krisenlasten auf die Arbeitnehmer zu verhindern.

Die z.T. offen angestrebte Fraktionsbildung tangierte die Funktionalität der Parteiorganisation für die »Partei im Staatsapparat« in einer Weise, die das energische Eingreifen der Parteivorstände - insbesondere des Bundesvorstandes - erklärt.

Beide Organisationsversuche scheiterten jedoch nicht nur daran, sondern auch an den einflußreichsten lokalen und regionalen gewerkschaftlichen Spitzenfunktionären bzw. an der ablehnenden Haltung der Vorstände des DGB und der Einzelgewerkschaften. Nach massivem Einfluß des Bundesparteivorstandes wurden in Rheinland-Pfalz und Hessen-Nord die Bildung von »Ausschüssen für Arbeitnehmerfragen« auf Landes- bzw. Bezirksebene beschlossen. Nach den Parteisatzungen bestimmten die jeweiligen Vorstände die personelle Zusammensetzung der Ausschüsse. Ausschußvorsitzende wurden jeweils die wichtigsten regionalen gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre, die die ASG-Initiativen nicht unterstützt hatten. Wegen der für die Partei nicht eindeutigen Kräfteverhältnisse im Kasseler gewerkschaftlichen Spektrum erhielten die ASG-Mitglieder im Ausschuß zunächst eine Mehrheit - doch schon nach seiner Neubildung Ende 1969 dominierten diejenigen, die die ASG-Initiative nicht mitgetragen hatten.

Beide Initiativen wurden also organisatorisch und personell aufgefangen und in ihr Gegenteil verkehrt: zu Instrumenten einer Legitimationssicherung für sozialdemokratische Politik in Betrieben und Gewerkschaften (vgl. Schmollinger 1973, S.272, und Hella Kastendiek 1978, S.54f.).

Die Beziehungen von SPD und Gewerkschaften bestimmten - neben dem Verhältnis von SPD und außerparlamentarischer Opposition - auch den Parteitag im März 1968. Zahlreiche Anträge, die den organisatorischen Ausbau der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit forderten, wurden lediglich an den Parteivorstand überwiesen. Dagegen verabschiedete der Parteitag einen Antrag des Parteivorstandes zur Gründung des *Gewerkschaftsrates*. Damit wurde der Vorschlag Wehners auf der Bundeskonferenz 1967 realisiert, »ein beratendes Organ für die in der Spitze großer gesellschaftlicher Institutionen wirkenden Sozialdemokraten einzubauen« (Bundeskonferenz 1967, Protokoll, S.B27). Der Parteivorstand erwartete von diesem »Instrument der gegenseitigen Information und Verständigung« (so der damalige DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg in einem Interview mit der »Welt am Sonntag«, 28.4.68), »daß die Gewerkschaftsvorsitzenden in ihrer Eigenschaft als Parteimitglieder koordinierend zwischen den Arbeitnehmerorganisationen und der Partei tätig werden« (Willy Brandt lt. »Frankfurter Rundschau«, 16.9.1968).

Der SPD gelang es zwar, das gewerkschaftlich orientierte Konfliktpotential einzudämmen, auch weil die »Konflikttherde« zunächst Einzelfälle blieben. Die relativ schnelle Überwindung der Rezession und die endgültige Verabschiedung der Notstandsgesetze trugen dazu sicherlich bei. Dennoch markierten die ASG-Initiativen die tendenzielle Grenze der Koo-

peration von Partei und Gewerkschaften. Weitere Warnzeichen (für Partei und Gewerkschaften) waren die spontanen Streiks im Herbst 1969, die - auch wenn sie sich nicht generell gegen die SPD und die Gewerkschaftsführungen richteten - die Schranken einer auf Massenloyalität angewiesenen staatlichen Einkommenspolitik aufzeigten. Auch die damals einsetzende z.T. sehr massive Kritik an der Beteiligung der Gewerkschaftsführungen an der konzertierten Aktion auf den Kongressen der Gewerkschaften ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Vor allem mußte die Partei auf die erheblichen Stimmenverluste in allen sechs Landtagswahlen während der Großen Koalition reagieren. Gefordert wurde jetzt die Profilierung der SPD als linke Volkspartei, um sowohl »die verlorenen Arbeiterstimmen« als auch die »ausgeschwenkten jungen Wähler zurückzugewinnen« (Heinz Kühn lt. »Frankf. Rundschau«, 20.5.1968).

Nach der Bundestagswahl 1969 stand daher eine »Reform der Parteiorganisation« im Vordergrund. Kern der organisationspolitischen Diskussion auf dem Parteitag 1970 war das Spannungsverhältnis zwischen den Teilen der Partei, die in der Bundesregierung Verantwortung tragen, und der Parteiorganisation. Auch die organisatorische Verbesserung der Betriebsgruppenarbeit wurde im Zusammenhang mit einer effektiveren Strategie der Stimmenmaximierung, der Legitimations- und Loyalitätssicherung - jetzt auch in Auseinandersetzung mit kommunistischen Gruppen in den Betrieben - diskutiert. Der Außerordentliche Parteitag 1971 befaßte sich ausschließlich mit Fragen der Parteiorganisation. Wie am Beispiel der »Bildung von Arbeitsgemeinschaften« nachgewiesen werden kann (vgl. Hella Kastendiek 1978, S. 83f.), beschloß der Parteitag, die »Effektivität« der Parteiorganisation durch eine Stärkung des Bundesparteivorstandes zu erhöhen, also durch eine Reduktion innerparteilicher Demokratie. Nunmehr entschied *allein* der Bundesparteivorstand über Bildung und Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften. Dies war - wie es ein Mitglied des Beirates für Arbeitnehmerfragen beim Parteivorstand formulierte - eine wichtige Voraussetzung für die schon vorbereitete Reorganisation der Betriebsarbeit. Für die von der Partei entwickelte »Arbeitnehmerstrategie« sollte jetzt der organisatorische Rahmen geschaffen werden (vgl. Parteitag 1971, S. 92f. - Werner Staak), mit Blick auf die Betriebsrätewahlen 1972 und die Bundestagswahlen 1973. Wegen der vorgezogenen Bundestagswahl von 1972, die alle organisatorischen Kräfte beanspruchte, konnte die AfA jedoch erst im Herbst 1973 gegründet werden.

Mit der von den Betrieben über die Unterbezirke, Bezirke, Landesverbände bis zur Bundesebene durchorganisierten AfA reagierte die Parteiführung auf die von ihr vehement abgelehnte Bildung eines Arbeitnehmerflügels in der SPD; d.h. sie reagierte auf Legitimationsprobleme im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich. Der innerparteiliche Status und die Organisationsstruktur der AfA verweisen dann auch darauf, daß sie sich nicht als innerparteiliche Organisation einer Interessendurchsetzung für Arbeitnehmer verstehen soll, sondern vorrangig als ein neuer Parteiparat für die »Zielgruppenarbeit«. Die »Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen«<sup>13</sup> und die »Grundsätze für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD«<sup>14</sup> bestimmen Aufbau, Tätigkeit und innerparteilichen Status der AfA. Die Regelungen der »Grundsätze« zielen sämtlich gegen eine (mögliche) innerparteiliche Opposition und dokumentieren generell die *Außenfunktion* der Arbeitsgemeinschaften und ihre Abhängigkeit von den jeweiligen Parteivorständen. Aufbau, Gliederung und personelle Zusammensetzung der AfA belegen zudem, daß sich die AfA nicht als Organisation *aller* sozialdemokratischen Arbeitnehmer versteht, sondern vorrangig betriebliche und gewerkschaftliche Funktionsträger als Multiplikatoren sozialde-

mokratischer Politik erreichen soll. In diesem Konzept wirken die Betriebsgruppen kaum als Entscheidungsebenen der AfA. Für sie bleibt vor allem die Aufgabe der Werbearbeit für die Partei; sie sind Träger von SPD-Meinungen für »das Gespräch am Arbeitsplatz.«<sup>15</sup> Die SPD verfügte nunmehr über zwei unterschiedlich institutionalisierte Einflußkanäle im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich:

- Der Gewerkschaftsrat ist ein Absprachegremium auf Spitzenebene.
- Die AfA übernimmt *erstens* die Werbearbeit für die SPD und die Einflußnahme auf gewerkschaftliche Politik in den Betrieben (über Betriebsgruppen und vor allem Betriebsräte) und *zweitens* die Legitimationssicherung für sozialdemokratische Politik in den gewerkschaftlichen Gremien der unterschiedlichen Organisationsebenen (über sozialdemokratische Gewerkschafter in den Vorständen und im hauptamtlichen Gewerkschaftsapparat).

Während der Gewerkschaftsrat die Kooperation zwischen Gewerkschaftsführungen und Partei/sozialliberaler Koalition zusätzlich stabilisieren sollte, hatte die AfA die auf Spitzenebene abgesprochene bzw. in der sozialliberalen Koalition beschlossene Politik abzusichern. Die Bundes- und Bundesausschußvorsitzenden der AfA sind in das institutionalisierte Absprachensystem zwischen Partei- und Gewerkschaftsspitzen einbezogen.

Mit dem Ende der Reformphase und dem Beginn »post-keynesianischer« Krisenbewältigungsstrategien (vgl. Hoffmann 1982, S. 19) orientierte sich die AfA im betrieblichen Bereich vorrangig auf die Stabilisierung des sozialdemokratischen Wählerpotentials (gegen ein Abdriften zur CDU) und zugleich auf die Absicherung mehrheitssozialdemokratisch dominierter Gewerkschaftspolitik auch auf Betriebsebene (gegen links von der SPD stehende Parteien bzw. gewerkschaftsoppositionelle Gruppierungen). Gegenüber den Gewerkschaften reagierte die AfA auf enttäuschte Erwartungen über die Zusammenarbeit mit der SPD in der Regierung und auf die zunehmende innergewerkschaftliche Kritik an der weiteren Kooperationsbereitschaft des überwiegenden Teils der Gewerkschaftsapparate und damit an der bisherigen Strategie gewerkschaftlicher Interessendurchsetzung. Während die von der Mehrheitssozialdemokratie dominierten Gewerkschaften »den Konsens des allenfalls begrenzten Konflikts mit der Regierung« nicht durchbrachen (Schmidt 1977, S. 88), forderte eine Minderheit, sich stärker »auf die eigene Kraft« zu besinnen. Diese innergewerkschaftliche Opposition forderte, daß die Grenzen der Kooperationsbereitschaft bzw. -fähigkeit der Gewerkschaften abgesteckt werden müßten. Die Parteiführung sah darin eine Tendenz in den Gewerkschaften, »auch die politische Interessenvertretung der Arbeitnehmer wahrnehmen zu wollen« (Staak 1975, S. 464). Dies zu verhindern, wurde ein wichtiger Bestandteil sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik.

Die Probleme, auf die die gewerkschaftspolitischen Strategien der Partei reagierten, erwiesen sich bald als Probleme, die weit über das 'kritisch' gewordene Verhältnis zu den Gewerkschaften hinausgingen (auch wenn sie hier zuerst deutlich geworden waren). Die relative Abkoppelung der Parteiorganisation von der Partei im Staatsapparat und die Reduktion der Parteiorganisation zum Instrument der Legitimationssicherung für sozialdemokratische Regierungspolitik hatte ab Mitte der 70er Jahre offensichtlich für die gesamte Partei erhebliche Konsequenzen. Der Antrag des Bezirks Niederrhein zur »innerparteilichen Diskussion« auf dem Hamburger Parteitag 1977 - zugleich Ausgangspunkt der neueren partei-internen Debatte der »Krise der SPD« - begründete die »schwere Identitätskrise der Partei« mit der

»Wandlung der sozialdemokratischen Regierungspolitik von einer engagierten Reformpolitik zu ei-

ner auf Krisenbewältigung ausgerichteten 'Realpolitik'. »Eine ihrem Selbstverständnis nach auf gesellschaftliche Veränderungen verpflichtete Partei sieht sich einer sozialdemokratisch geführten Regierung gegenüber, die die Sicherung des Erreichten allein zur obersten Maxime ihres Handelns erklärt«. Die augenblickliche Funktion der Partei wird als »bürokratischer Apparat« beschrieben, der die »Voraussetzungen für Regierungs- und Gesetzgebungstätigkeit zu liefern hat.« Mobilisierungsarbeit sei nicht möglich, da die Regierung ihr politisches Handeln als von »Sachzwängen« bestimmt darstelle. »Handlungsgrenzen der Regierung durch »Sachzwänge« wirkten demobilisierend und desorientierend für die SPD-Mitglieder und -Wähler. Die Partei würde in die Rolle des Zuschauers gedrängt. Da keine chancenreiche Beteiligungsmöglichkeit mehr gesehen würde, ließe die Bereitschaft zur Mitarbeit nach. Die Folge sei die zunehmende Ausdünnung der Aktivenstruktur der Partei und ihre Isolierung von der Bevölkerung. Sowohl »Parteiverdrossenheit« als auch die wachsende Zahl von Bürgerinitiativen seien Symptome dieser Politik. Der Kernpunkt des Dilemmas liege im »ungeklärten Spannungsverhältnis zwischen sozialdemokratisch geführter Koalitionsregierung und Partei.«

Der Parteitag überwies den Antrag (zusammen mit dem Entschließungsantrag 447 des Bezirks Franken<sup>16</sup>) an eine Arbeitsgruppe »Politische Auswertung der Hamburger Anträge«, deren Bericht erst im *Juni 1979* auf einer gemeinsamen Sitzung von Parteirat, Parteivorstand und Kontrollkommission diskutiert wurde.<sup>17</sup> Die Probleme des programmatischen und organisatorischen Selbstverständnisses der Partei hatten sich in einer Weise zugespitzt, die jetzt auch die Parteiführung zwang, sich der Diskussion über die Krise der SPD zu stellen.

Der Bericht über die Arbeitsgruppe dokumentiert den Ablösungsprozeß der Partei von ihrer gesellschaftlichen Basis. Die SPD fungiere und funktioniere nicht mehr »als gut organisierte, präzente Organisation« in der gesamten Lebenswelt der Arbeitnehmer. Die Partei müsse in eine bedenkliche Situation geraten, wenn »Macht nur noch mit Hilfe staatlicher Institutionen, nicht mehr aber durch gesellschaftliche Verankerung und Organisationsstärke« ausgeübt werde. Dies auf die Entwicklung der SPD »von der Klassen- zur Volkspartei« und auf die »Rolle als Regierungspartei« zurückzuführen, sei »zu einfach und gefährlich«. So beschränkt sich der Bericht auf eine Beschreibung des Ist-Zustandes der Partei und auf Empfehlungen, wie die gesellschaftliche Verankerung der Partei wieder erreicht oder intensiviert werden kann, ohne die Ursache dieser Entkoppelungsprozesse zu analysieren (mehr Basisarbeit und Bürgernähe, Dialog mit Bürgern, gesellschaftlichen Gruppen und Mitgliedern der Partei).

Entgegen der vielbeschworenen Öffnung der Partei gegenüber Mitgliedern und Bürgern, debattierte der Parteirat jedoch zugleich über die Abschottung der Partei: Kritisiert wurde die Vielfalt der Arbeitsgemeinschaften und deren tendenzielle Entwicklung zu »Ersatzparteien« (Holger Börner, Parteirat 79, S. 5). Den Konsens des Parteirats hielt der »Vorwärts so fest: »die Straffung der Arbeit der SPD im Innern und eine Verbesserung der Darstellung der politischen Positionen nach außen« (Nr. 27, 28.6.1979, S. 4).

In der Folge der »Haushaltsoperationen« ab 1980 spitzten sich die - wie im Teil II gezeigt - Probleme der Integrationsfähigkeit der SPD weiter zu. Die Diskussionen über Organisationspolitik und über die »Identität und Zukunft der SPD« entbrannten erneut vor allem ab Herbst 1981, angestoßen von der Initiative der AfA und den Thesen Richard Löwenthals. Einen vorläufigen Abschluß finden diese Auseinandersetzungen mit den Beschlüssen des Münchner Parteitages 1982. Sie entsprechen inhaltlich den Ergebnissen vorhergehender Debatten, und die hatten - wie wir gesehen haben - die Probleme der Partei lediglich verschoben, aber nicht behoben.

#### IV. Perspektiven der weiteren Entwicklung des Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften

Die innerparteiliche Debatte über die Identitätskrise der Partei sowie die Initiative der AFA und ihre Ergebnisse dokumentieren, daß die jeweiligen organisationspolitischen Strategien die strukturellen Widersprüche einer staatstragenden Arbeitnehmerpartei nicht aufheben, sondern allenfalls »auf Zeit« stillstellen können.

In die Krise geriet das *Konzept einer sozialdemokratischen Volkspartei*, nachdem dessen Integrationsbedingungen (Wirtschaftswachstum und wachsende Staatstätigkeit als Voraussetzung von »Keynesianismus« und »staatlich moderierter Modernisierungspolitik«) nicht mehr gegeben waren (vgl. Roth 1982, S.34). Unter dem Druck der den neuen ökonomischen Bedingungen angepaßten »marktorientierte(n) Modernisierungs- und Sparpolitik des Staates« (Hoffmann 1982, S.21) zerbrach der innerparteiliche Konsens. Die zunehmende Kluft zwischen der Partei in der Regierung und der Parteiorganisation/ den traditionellen Wählerkernen erwies sich »als Fallgrube für die Regierung« (Bäumer 1979, S.665).

Das Ende des »Durchhaltens« in der Regierung kündigte sich an, als die Politik der Interessendurchsetzung über die SPD im Staatsapparat auch innergewerkschaftlich unter starken Druck geriet. Die »regierungssozialdemokratische Formierung in den Gewerkschaften« (Zeuner 1982) war an ihre Grenzen gestoßen.

Während es 1980 noch gelang, nach einer sechsstündigen Sitzung die Zustimmung des Gewerkschaftsrates zum Haushalt 1981 zu erhalten, formierten sich die Gewerkschaften ein Jahr später »zu dem heftigsten Protest gegen die Regierung und vor allem gegen die Sozialdemokratie (...), den es seit Kriegsende gab« (Martens 1981). Zum ersten Mal organisierte der DGB im Landesbezirk Baden-Württemberg eine Demonstration gegen den »Anschlag auf den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer, der in Jahrzehnten mühsam erkämpft werden mußte« (Flugblatt der IG Metall Bezirksleitung Stuttgart)<sup>8</sup>, an der sich 70000 Menschen beteiligten. Zu weiteren Protestaktionen fand sich der DGB jedoch noch nicht bereit. Trotz der heftigen verbalen Kritik an den Haushaltsbesschlüssen hielten die Gewerkschaften an der bisherigen Politik fest: Sie boten Regierung, Bundestagsfraktionen und Arbeitgebern Gespräche für eine gemeinsame beschäftigungspolitische Initiative an. Das Resultat dieser »Offensive«, eines als »Gemeinschaftsinitiative« deklarierten Beschäftigungsprogramms, blieb zwar weit hinter den Forderungen der Gewerkschaften zurück, wurde aber als 'erster Schritt in die richtige Richtung' begrüßt. Der Legitimationsdruck in den Gewerkschaften und in der SPD wurde damit zunächst erst mal vermindert.

Nachdem *die FDP* endgültig eine am Klassenkompromiß orientierte Politik aufgekündigt hatte, blieb der SPD in der folgenden »Haushaltsoperation 1983« kein Raum für ähnliche Entlastungsstrategien. Auch für 'kanzlerentreue' Gewerkschafter war die »Grenze des Tragbaren erreicht« (Eugen Loderer). Sie befürchteten nun, in den Abwärtssog der SPD zu geraten. Daher gingen die Gewerkschaften auch auf Distanz zur regierenden SPD. Für viele sozialdemokratische Gewerkschafter kündigte die Haushaltsoperation 1983 den Verlust des Vertrauens der arbeitenden Bevölkerung in die SPD »und damit (in) ihre Regierungsfähigkeit« an. Sie sahen sogar einen »tiefen Bruch in der historisch begründeten guten Beziehung zwischen SPD und Gewerkschaften« (Janzen 1983, S.777).

Für die SPD signalisierten die für den Herbst 1982 angekündigten gewerkschaftlichen Proteste »eine historisch schwerwiegende Balastung des Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften«. Loyalitätskonflikte sozialdemokratischer Gewerkschafter - so z.B. die Bundes-

tagsabgeordneten Spöri und Scheer - würden zur »tiefehendste(n) Identitätskrise der SPD in der Nachkriegszeit« führen (Spöri/Scheer 1982).

Die SPD-Führung versuchte einerseits, die gewerkschaftliche Kritik abzublocken. Die Ergebnisse der Haushaltsberatungen seien das beste, was für sozialdemokratische und gewerkschaftliche Positionen herauszuholen war; die Alternative sei nur eine Union/FDP-Regierung<sup>19</sup>; gewerkschaftliche Aktionen, auch wenn damit ausdrücklich nicht der Sturz der Regierung betrieben werden sollte, könnten keinesfalls als Unterstützung sozialdemokratischer Politik betrachtet werden.<sup>20</sup>

Andererseits wurde auf die Möglichkeit des Meinungsaustausches zwischen Fraktions- und Gewerkschaftsspitze verwiesen. Doch die Gespräche kamen über die gegenseitige Versicherung gemeinsamer Grundrauffassungen nicht hinaus (vgl. FR vom 3.9.82). Für die SPD gab es keine Handlungsspielräume mehr in der Koalition, womit auch der Verhandlungsspielraum zwischen der regierenden SPD und den Gewerkschaften erschöpft war.

Der Wechsel in die Opposition beseitigte für viele Sozialdemokraten »eine wesentliche innerparteiliche Konfliktursache«, die »Rücksichtnahme« auf die FDP. Das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften konnte sich jetzt entkrampfen. Die »gefährliche Lähmung der SPD« als Folge des gestörten Verhältnisses zu den Gewerkschaften sei jetzt überwindbar, »weil der Regierungswechsel nun die tatsächlichen Konturen zwischen SPD und den anderen Parteien sichtbarer macht« (Scheer 1982). Der 17.9.1982 habe »den Schlußpunkt unter eine Koalition gesetzt«, die den »traditionellen Schulterschuß zwischen Arbeitnehmerbewegung und Arbeitnehmerpartei SPD« als »entscheidende Quelle unserer Kraft' in Gefahr zu bringen drohte« (Willy Brandt).<sup>21</sup> Ansatzpunkte für den neuen »Schulterschuß« waren die DGB-Demonstrationen »gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau - für soziale Gerechtigkeit, mehr Mitbestimmung und wirtschaftliche Vernunft«. Ursprünglich gegen die Sparbeschlüsse der sozialliberalen Koalition geplant, richteten sie sich jetzt gegen die neue Bundesregierung, die den Sozialstaat aus den Angeln heben wolle (Monika Wulf-Mathies, FR, 1.11.82), gegen die Politik der Umverteilung »von unten nach oben« (Ernst Breit, FR 25.10.82), gegen die »sozial unausgewogenen und verteilungspolitischen Sparpläne« der neuen Bundesregierung (Eugen Loderer, ebd.). Reizthema war vor allem der »Lohnpausen-Vorschlag« des neuen Bundesarbeitsministers Blüm. An die Sparpläne der alten Koalition wurde allenfalls am Rande erinnert. Die Abwehr der »neokonservativen Wende« entlastete weitgehend die SPD. Die Art des »Wechsels« ließ die SPD kaum als gescheiterte und demoralisierte Partei erscheinen, sondern der »Verrat in Bonn« bewirkte umgekehrt zunächst einen seit langem vermißten Solidarisierungseffekt in der Partei und in ihrem sozialen Umfeld.<sup>22</sup>

Der Parteirat umriß das Oppositionskonzept in der Sitzung unmittelbar nach dem Ende der sozialliberalen Koalition mit dem Begriff »Kontinuität und Neuanfang«. Es dürfe »keinen Kontinuitätsbruch geben. Wir müssen uns positiv verantwortlich fühlen«. Die SPD müsse »vom Tage eines konstruktiven Mißtrauensvotums an, ihre Regierungsfähigkeit sorgfältig wahren« und »die Regierungspartei bleiben, wenn nicht die von morgen, dann die von übermorgen«. Es sei notwendig, die hinter der ehemaligen sozialliberalen Koalition stehenden sozialen Bündnisse neu aufzubauen. *Programmatisch* sollte auf die Beschlüsse des Münchner Parteitags zurückgegriffen werden. Für die *Organisationspolitik* bedeute das Überholung und Erneuerung der Partei »von den Städten und Gemeinden aufwärts« (H. Scheer, H. Schmidt, E. Eppler, W. Brandt, lt. Vorwärts, Nr. 39, 23.9.82, S.7).

Nach Willy Brandt zielen die Strategien der »Vertrauensarbeit« darauf, die hinter der sozialli-

beralen Koalition stehende Mehrheit wieder zu integrieren. Zielgruppen dabei sind (»in dieser Reihenfolge«):

»kritische Arbeitnehmer und ihre Vertrauensleute in Betrieben und Gewerkschaften; sodann (...) die jungen Leute, die beispielsweise auf den Kirchentagen in Hamburg und Düsseldorf ihre Sorgen zum Ausdruck gebracht haben«.

Themen der programmatischen Integration sind das »gebotene Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Umwelt, zwischen industrieller Technologie und natürlichen Lebensbedingungen, (...) zwischen Bürokratie und individuellen Entfaltungsmöglichkeiten« (Interview im Vorwärts, 23.9.82).

Das offizielle und in der Partei bisher nicht umstrittene programmatische Integrationskonzept ist die »Kieler Erklärung«, die vom Parteivorstand ausgearbeitet und vom »Kleinen Parteitag« am 18./19.11.82 verabschiedet wurde (Dok. in FR, 22.11.82, S.4). Sie ist die Grundlage des neuen »Schulterschlusses« mit den Gewerkschaften sowie des Umgangs mit sozial-liberalen Gruppen und alternativen Bewegungen. Die SPD will *die* Partei sein, die offen ist für die »Auseinandersetzung mit allen Gruppen und Fragestellungen«. »Gesprächsverweigerung« und »faule Kompromisse« werden abgelehnt. Die Arbeiterschaft erhält in diesem Konzept die eindeutige Priorität:

»Die Arbeiterschaft war immer das Fundament der Soziodemokratie. Obwohl verschiedene soziale Gruppen bei uns ihren Platz gefunden haben, liegt in der Verbindung zu den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften auch künftig die stärkste Quelle unserer Kraft.«

Die Sozialdemokratie kämpfe »für das Recht auf Arbeit und Bildung«, »für reale Freiheit und die Wirtschaftsdemokratie«. Die Arbeitslosigkeit zu überwinden ist daher »die große Aufgabe zugleich der deutschen Innenpolitik wie auch der internationalen Wirtschaftspolitik«. Erreicht werden soll dieses Ziel durch Verbesserung der beruflichen Bildung, Arbeitszeitverkürzung, »vernünftige Energiepolitik«. Auch der Umweltschutz sei »immer auch (...) Motor für Wachstum«. Schließlich wird noch auf den sozialen Konsens verwiesen: »Wer den Sozialstaat ohne oder gegen die Gewerkschaften umformen will, zerstört die Voraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften und vergiftet das soziale Klima.«

Hans-Jochen Vogel, der dieses Integrationskonzept personalisiert, nannte in seiner Kieler Grundsatzrede als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einen

»vernünftigen Ausgleich zwischen Staatsverschuldung, Haushaltskonsolidierung und Erhaltung der Massenkauflkraft«, »die Verkürzung der Arbeitszeit«, »Investitionsanreize und Beschäftigungsprogramme« (zit. im »Vorwärts«, Nr. 48, 25.11.82, S. 7).

Das könne durch einen »Solidarpakt gegen Arbeitslosigkeit« auf *nationaler* Ebene (durch solidarische Zusammenarbeit aller am Wirtschaftsleben beteiligten gesellschaftlichen Gruppen und aller für die Wirtschaft Verantwortlichen) und *internationaler* Ebene erreicht werden (vgl. »Politik - Aktuelle Informationen der SPD, Nr. 10, Dezember 1982). Die Anpassung an die geänderte wirtschaftliche Situation erfordere auch »eine neue wirtschaftspolitische Strategie«, eine »gemischte Strategie, die diese Strukturprobleme berücksichtigt und und die darin besteht, daß alle an der Gestaltung der Wirtschaft Mitwirkenden ihre Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation ausschöpfen« (ebd.).

Die weiter vorgeschlagenen Maßnahmen einer solchen »gemischten Strategie« rekurrieren sämtlich auf eine Strategie der *staatlich moderierten* Politik zur Modernisierung der Volkswirtschaft.

Dieses Konzept ist - zusammen mit der »Kieler Erklärung« - Kern des Wahlprogramms. Mit diesem »Regierungsprogramm 1983 - 1987« will die SPD der neoliberalen und neokonservativen »Ellenbögen-Gesellschaft« das Modell einer »solidarischen Gesellschaft« (Regierungsprogramm der SPD 1983 - 1987, S. 13) entgegenstellen.

Mittel der ökonomischen Umgestaltung der Volkswirtschaft sind:

- »Aufstellung eines Bundesentwicklungsplans, dessen Globalgrößen der öffentlichen Hand als verbindliche Richtlinie und dem privaten Bereich als Orientierungsdaten dienen würden«;
- Forschungs- und Technologiepolitik;
- Verbesserung der beruflichen Bildung;
- aktive Arbeitsmarktpolitik.

Mittel der »soziale(n) Beherrschung des Modernisierungsprozesses« ist in diesem Konzept der Ausbau der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene (ebd., S. 21 und 24).

Dieses Programm bekräftigt inhaltlich die postulierte *Kontinuität* sozialdemokratischer, auf Regierungsfähigkeit orientierter Programmatik. Der *Neuanfang* reduziert sich auf die soziale Re-Integration der ehemaligen sozial-liberalen Mehrheit unter Einschluß grün/alternativer »Ränder« als Voraussetzung eines *neuen Starts* in der Regierungsverantwortung. Drei Ebenen umfaßt somit das relativ geschlossene Gesamtkonzept der SPD zur Restabilisierung verlorener Mehrheiten:

- die Fortschreibung programmatischer themen- und zielgruppenspezifischer Integration mit der »Kieler Erklärung« und dem Wahlprogramm;
- die Reformulierung der »Konzentrierten Aktion« mit dem »Solidarpakt gegen Arbeitslosigkeit« und der »aktiven Strukturpolitik« mit einer staatlich moderierten »gemischten« Strategie zur »Modernisierung der Volkswirtschaft«;
- die organisationspolitische Offensive zur Steigerung der Integrationsfähigkeit der Partei und der Legitimationssicherung sozialdemokratischer Politik mit dem Versuch einer kulturellen Öffnung der Partei an der Basis *und* einer Stabilisierung der Führungsstrukturen der Partei (»Münchener Beschlüsse«) (vgl. dazu Glotz 1982c, insbes. S. 15-81).

Dieses Gesamtkonzept ist die von einer großen innerparteilichen Mehrheit akzeptierte neue Kompromißformel für »Zukunft und Identität« der Partei. Damit hat sich eine Position durchgesetzt, die nicht - wie Richard Löwenthal - Konflikte *ausgrenzen*, sondern *ein-grenzen* will.

Für den von der AfA repräsentierten Arbeitnehmerflügel der Partei bieten das reformulierte Konzept einer aktiven staatlich moderierten Strukturpolitik und der »Solidarpakt gegen Arbeitslosigkeit« direkte Anknüpfungsmöglichkeiten.

Dieser Kompromiß ist ein Versuch der Reformulierung und Restabilisierung des sozialdemokratischen Volksparteikonzepts unter veränderten ökonomisch-gesellschaftlichen Bedingungen - und keine Weiterentwicklung der SPD in Richtung einer Partei »neuen Typs« (vgl. Glotz 1982c, S. 29).

Die Betonung der traditionellen Beziehungen zur Arbeiterschaft in der Programmatik, die Erneuerung des Angebotes an die Gewerkschaften zur Zusammenarbeit im Rahmen des »nationalen Solidarpakts« und der »gemischten Strategie« und die Aufnahme zahlreicher gewerkschaftlicher Anliegen in das »Regierungsprogramm der SPD 1983 - 1987« zeigten Wirkung in den Gewerkschaften. Schon auf dem »Kleinen Parteitag« in Kiel stellte der DGB-Vorsitzende eine »fast nahtlose Übereinstimmung« mit der SPD fest (zit. im Vorwärts, Nr. 48, 25.11.82, S. 7)



Gegenüber innergewerkschaftlicher Kritik an dem bisherigen weitgehend »kanzlertruen« Kurs verschaffte der Solidarisierungseffekt mit der »verratenen« SPD, die Re-Orientierung der SPD auf die Gewerkschaften und die antigewerkschaftliche Politik der neuen konservativ-liberalen Koalition den Gewerkschaftsführungen wieder Handlungsspielraum. Entlastet wurden die Gewerkschaftsführungen vor allem davon, die dominante institutionelle Strategie einer Politik des »bargained corporatism« infrage stellen zu müssen. Verhindert wurde somit eine Bestandsaufnahme und Reflektion bisheriger gewerkschaftlicher Politik und die Diskussion neuer genereller Strategien und Konzepte gewerkschaftlicher Interessendurchsetzung. Dies hätte die 'gewachsenen' organisationsinternen Strukturen und Machtverhältnisse erheblich tangiert.

Entlastung brachte der Regierungswechsel auch für die Beziehungen zwischen den Einzelgewerkschaften des DGB. Die allzu bereitwillige Unterstützung der Regierung Schmidt durch einige Einzelgewerkschaften gefährdete die Kompromißstrukturen innerhalb des DGB. Große Teile der Gewerkschaften befürchteten inzwischen, »daß unter der Hand (...) Strukturen einer Art von demokratischem Zentralismus der Schmidt-Regierung mit 'Kanalarbeiter'-Gewerkschaften als verlängertem Arm entstehen« (Brüggemann 1981).

Der Wechsel in die Opposition garantierte somit auch die *Kontinuität* gewerkschaftlicher Politik und die Restabilisierung der Beziehungen zwischen SPD und Gewerkschaften. Das anfängliche Mißtrauen großer Teile der Gewerkschaften, die SPD könne sich den neuen sozialen Bewegungen zu weit öffnen - vgl. die Warnungen führender Gewerkschafter vor einer Koalition der SPD mit den Grünen und Alternativen - scheint ausgeräumt. Die neue Kompromißformel innerhalb der SPD wird mehrheitlich als neue Konsenslinie in den Gewerkschaften akzeptiert.

Die Restabilisierung der Beziehungen zwischen SPD und Gewerkschaften bedeutet jedoch nicht einen Konfrontationskurs der Gewerkschaften gegenüber der konservativ-liberalen Regierung. Trotz der verbalen Proteste gegen die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Kohl zeigt sich der DGB gesprächsbereit. Auch folgte den Protestaktionen vom Herbst 1982 keine weitere Mobilisierung der Mitglieder. Priorität hat damit die innerorganisatorische Absicherung des partiellen Korporatismus in der Politik der Gewerkschaften: Machtgewinn der Gewerkschaften über Mobilisierung der Mitglieder könnte tendenziell den Handlungsspielraum der Gewerkschaftsführungen im Rahmen eines neu zu etablierenden »bargained corporatism« einschränken.

Legitimationssicherung gegenüber der Mitgliedschaft erfolgt so vorrangig durch die Orientierung auf die SPD einerseits und durch die Demonstration potentieller Gesprächsbereitschaft auch gegenüber der CDU andererseits.

Sowohl die Strategien und Konzepte der SPD als auch der Gewerkschaften zielen auf die Restabilisierung eines gesellschaftlichen Basiskonsenses, der die Fortsetzung einer am Klassenkompromiß orientierten Politik ermöglicht, obgleich dieser Konsens von Seiten des Kapitals längst aufgekündigt wurde. SPD und Gewerkschaften sehen in ihrer Mehrheit keine Perspektive in der

»Interpretation der aktuellen Krise und der Massenarbeitslosigkeit als immanent-kapitalistische Restrukturierung, deren Richtung nur unter Mißachtung der Autonomie der Unternehmen revidierbar wäre« (Hoffmann 1982, S. 25).

Während die konservativ-liberale Koalition konsequent die Auflösung des keynesianischen Klassenkompromisses betreibt, appellieren SPD und Gewerkschaften an die 'Solidarität *zwischen* den Klassen'.

Der Verzicht von SPD und Gewerkschaften, »die Strukturmerkmale des Wirtschaftens systematisch in die Verursachungs- wie Lösungsdiskussion einzubeziehen«, wird die Tendenz verstärken, daß auch konservative Interpretationsmuster und Lösungsangebote von Arbeitern akzeptiert werden (Schumann 1979). Die Politik von SPD und Gewerkschaften könnte daher die Verschiebung gesellschaftlicher Machtverhältnisse zu Gunsten des Kapitals und die Stabilisierung der Dominanz des Kapitals in einem neuen »markt- und krisenvermittelten« (Hoffmann 1982, S. 21) gesellschaftlichen Konsens sogar erleichtern.

Trotz der erstaunlichen Integrationsprozesse innerhalb der Partei und zwischen Partei und Gewerkschaften steht der Test auf die Konfliktlösungskapazität des reformulierten Volksparteikonzepts und der sozialdemokratischen Politik industrieller Beziehungen noch aus. Die skizzierten strukturellen Widersprüche einer sozialdemokratischen Volkspartei haben in diesem relativ umfassenden Konzept lediglich eine neue (vorläufige) Bewegungsform erhalten. Absehbar war zumindest, daß bei einer schnellen Rückkehr der SPD in die Regierungsverantwortung auch sehr bald die alten Konflikte in der Partei und zwischen Partei und Gewerkschaften wieder aufgebrochen wären, weil die SPD mit den gleichen Problemlagen konfrontiert worden wäre, an denen sie im September 1982 scheiterte. Die SPD setzt denn auch - nach einem gerade noch 'akzeptablen' Ergebnis in der Bundestagswahl 1983 - auf einen Neuanfang in der Opposition.

Ein forciertes Ingegrationsprozeß innerhalb der Partei und gegenüber Teilen der neuen sozialen Bewegungen und die Restabilisierung sozialdemokratischen Einflusses in Gemeinden, Städten und Ländern könnte dann die Basis sein, später wieder führende Regierungspartei in Bonn zu werden.

Eine »Erneuerung« der SPD in der Opposition würde auch Konflikte mit den Gewerkschaften klein halten - zumindest solange eine (liberal-)konservative Regierung die Kooperation mit den Gewerkschaften ablehnt bzw. 'marktvermittelte Arbeitnehmerinteressen' gegen die Politik der Organisationen der Arbeitnehmer ausspielen kann.<sup>23</sup> Die Gewerkschaften werden jetzt offensichtlich und zunehmend ein Opfer ihrer bisherigen institutionellen Strategie, die den weitgehenden Verzicht auf eine Mobilisierungspolitik einschloß. Sie laufen deshalb sogar Gefahr, daß die 'Neo-Konservativen' jetzt die Gewerkschaftsmitglieder gegen ihre eigene Führung wenn nicht mobilisieren, so doch orientieren. Dies wiederum wird die Gewerkschaftsspitzen dazu verleiten, in einer restabilisierten SPD-Bindung einen neuen politischen Rückhalt zu gewinnen. Die *bisherige* institutionelle Strategie würde also gerade durch die Oppositionsrolle der SPD - dies zeigten schon die ersten Monate nach dem Regierungswechsel - gestärkt werden.

Prozesse programmatischer Umorientierungen in den Gewerkschaften werden in dieser Konstellation davon abhängig sein, inwieweit sich alternative Positionen in der Partei durchsetzen können (vgl. Hensche 1980, S. 138f.), wobei der Diskussionsstand in den Gewerkschaften wiederum Rückwirkungen in der Partei hätte. Realistisch - darauf verweist die Analyse der Entwicklungen seit Mitte der 60er Jahre - scheint eher die Annahme zu sein, daß die programmatischen und strategischen Prämissen von Partei und Gewerkschaften zu einer Verlagerung des Basiskonsenses nach rechts und damit zu einer zumindest vorläufigen gesellschaftlichen Restabilisierung beitragen könnten.

## Anmerkungen

- 1 Das Manuskript wurde Anfang März 1983 abgeschlossen. - Ich bedanke mich bei Hans Kastendiek für kritische Kommentare und Anregungen zum Rohmanuskript.
- 2 Informationsgespräch mit Rudolf Dreßler, Vorsitzender des Bundesausschusses der AfA, am 30.6.1981.
- 3 Lt. Organisationsstatut der SPD ist allein der Parteivorstand für die Grundsätze der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften zuständig.
- 4 Informationsgespräch mit Walter Edenhofer, Leiter des Referats für Arbeitnehmerfragen beim Bundesparteivorstand der SPD, am 1.7.1982.
- 5 Durchsetzungsfähig werden nach diesen »Wegen in die Partei« nur diejenigen gut organisierten Betriebsgruppen und AfA-Untergliederungen sein, die eh schon über Einfluß in der Partei verfügen. In den Unterbezirken, die bisher den Stellenwert der politischen Betriebsarbeit gering schätzten, werden die meist nur schwach organisierten AfA-Untergliederungen nur begrenzte Chancen haben.
- 6 Hinzu kamen die Diskussionen über die »Neue Heimat« und die Parteipendenaffäre, die jeweils führende Sozialdemokraten in Partei und Gewerkschaften belasteten.
- 7 Zur Darstellung der SPD als »Partei der Arbeit(er)« gehörte auch, daß der Parteivorstand 120 Vorsitzende von Betriebsräten und Betriebsgruppen eingeladen hatte, die sich mit Rederecht an den Beratungen der Arbeitskreise beteiligen sollten. Die Themen der Arbeitskreise waren zugleich die Schwerpunkthemen des Parteitages: die Beschäftigungspolitik, die Friedens- und Sicherheitspolitik sowie die parteiinterne Organisationspolitik. Die Teilnahmeinteressen der eingeladenen Betriebsräte- und Betriebsgruppenvorsitzenden und der in der AfA organisierten Delegierten richteten sich vor allem auf die Arbeitskreise »Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik« und »Organisationspolitik«.
- 8 1950 waren 51% der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Arbeiter; 1961 - 48,1%; 1970 - 46,7%; 1975 - 42,9%; 1980 - 42,3%.  
Quelle: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland, hg. v. Statistischen Bundesamt Wiesbaden, 1971, S. 121; 1976, S. 149; 1981, S. 95.
- 9 Für Glotz und v. Oertzen resultiert die Entscheidung daraus, daß die gewerkschaftliche Position - z.B. freigestellter Betriebsrat - attraktiver sei als z.B. Ratsherr in einer mittleren Gemeinde. (Vgl. Glotz/v. Oertzen 1982, S. 7)
- 10 Willy Brandt auf dem Außerordentlichen Parteitag der SPD im Febr. 1964; Protokoll der Verhandlungen, Bonn 1964, S. 54. - Gemeint ist die Einrichtung eines *erweiterten* Referats für Arbeitnehmerfragen beim Parteivorstand (vgl. SPD-Pressemitteilungen und Informationen, Nr. 186, 29.4.1964), d.h. die Reorganisation des bestehenden »Gewerkschafts- und Betriebspolitischen Referats«.
- 11 Zur ASG-Initiative in Rheinland-Pfalz vgl. Schmollinger 1973, S. 229-274.
- 12 Aus einem damaligen Manuskript Lehlbachs, o. Datum, S. 3, das er mir mit Schreiben vom 13.3.78 zur Verfügung stellte.
- 13 Beschlossen vom Bundesparteivorstand am 24.6.1972, dokumentiert u.a. im Jahrbuch 1970/72, S. 583f.
- 14 Beschlossen vom Bundesparteivorstand am 21.2.1972, zuletzt geändert am 1.2.75, dok. im Jahrbuch 1973/75, S. 468ff.
- 15 Die Richtlinien der AfA folgen insgesamt den gleichen organisationspolitischen Prinzipien wie schon die vorherigen »Ausschüsse für Arbeitnehmerfragen« der Bezirke und Landesverbände.
- 16 Der Antrag des Bezirks Niederrhein und der Antrag 447 des Bezirks Franken sind dokumentiert in: Neue Gesellschaft, 1979, H. 8, S. 680-695.

- 17 Der Bericht der Arbeitsgruppe ist dok. in der Frankf. Rundschau, 1. und 2.8.1979; die Diskussion im Parteirat ist auszugsweise dok. in: Parteirat 79. - Fortgesetzt wurde diese Debatte u.a. in einem Schwerpunktheft der Neuen Gesellschaft (1979, H. 8).
- 18 Der Briefwechsel über dieses Flugblatt zwischen dem damaligen Bundesfinanzminister Matthöfer und dem Bezirksleiter der IG Metall, Steinkühler, ist ein Beispiel für das jetzt frostige Klima zwischen Teilen der Partei und Teilen der Gewerkschaften. Vgl. die Dok. des Flugblattes und des Briefwechsels in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1981, H. 12, S. 1517-1521.
- 19 Vgl. Peter Glotz, Interview in Metall, Nr. 17, 25.8.82, über das Verhältnis SPD/Gewerkschaften; Karl Liedtke, stellv. Vors. der SPD-Bundestagsfraktion, Beitrag für die Agentur »Presseplan«, abgedruckt in: Informationen der SPD-Bundestagsfraktion, Ausgabe 28, 23.8.82; Interview des Parlamentarisch-politischen Pressedienstes mit Rudolf Dreßler, »Gewerkschaften sollten gut überlegen«, Nr. 157, 19.8.82.
- 20 »Wer die Beschlüsse mit allen Mitteln bekämpft, bekämpft auch die Regierung, die sie gefaßt hat.« Erklärung von Lothar Löffler, stellv. Vors. der SPD-Bundestagsfraktion, abgedruckt in: Informationen der SPD-Bundestagsfraktion, Ausgabe 28, 23.8.82.
- 21 Auf dem Kongreß der Gewerkschaft Textil-Bekleidung Mitte Oktober 1982 in Mainz; zit. im Vorwärts, Nr. 44, 28.10.1982, S. 3.
- 22 40000 Neueintritte innerhalb von 4 Wochen nach dem 17.9.1982 - vgl. Vorwärts, Nr. 47, 18.11.82, S. 7.
- 23 Vgl. die »Lohnpausen«-Kampagne und die jüngsten Krisenlösungsversuche bei Arbed-Saarstahl.

## Literatur

- AfA-Bundeskonzferenz 1979: *AfA-Bundeskonzferenz Nürnberg 7.-9. Sept. 1979, Beschlüsse*
- Antrag Niederrhein 1977: *Antrag 448 des Bezirkes Niederrhein zum Bundesparteitag der SPD 1977 in Hamburg*, dok. in: Neue Gesellschaft 1979, H. 8, S. 688-695
- Artikeldienst: *Sozialdemokratischer Informationsdienst - Artikeldienst - Service für Betriebs-, Orts- und Stadtteilzeitungen*, Ausgabe Dezember 1981 / Januar 1982
- Bäumer 1979: Hans-Otto Bäumer, *Raus aus dem Trott des Nachvollziehens*, in: Neue Gesellschaft, 1979, H. 8, S. 663-666
- Bericht AG Organisationspolitik: *Bericht der Arbeitsgruppe III Organisationspolitik auf dem Münchner Parteitag der SPD vom 22.4.1982*, Berichtersteller: Peter von Oertzen
- Brandt 1982: Willy Brandt, *Rechenschaftsbericht auf dem Münchner SPD-Parteitag am 19.4.1982*
- Bretschneider 1978: Michael Bretschneider, *Mitgliederzahlen der Parteien und ihre räumliche Verteilung 1977*, Berlin 1978
- Brüggemann 1981: Wolf Gunter Brüggemann, *Der DGB und der Staat*, in: Frankfurter Rundschau vom 16.3.1981
- Bundeskonzferenz 1967: *Bundeskonzferenz der SPD 1967, »Die Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung«, 13.-15.11.1967, Bad Godesberg, Protokoll*
- Crouch 1979: Colin Crouch, *The Politics of Industrial Relations*, London/Glasgow 1979
- Diehl 1982: Rainer Diehl, *Ungeliebte Neuerungen - Der Organisationskonservatismus auf dem Münchner Parteitag*, in: Neue Gesellschaft, 1982, H. 5, S. 428-432
- Dreßler 1981: Rudolf Dreßler, *Vertrauensarbeit anerkennen. Die Verankerung der Sozialdemokratie in der Arbeitnehmerschaft stabilisieren!* in: Sozialdemokratischer Pressedienst, Nr. 215, 10.11.81
- Friedrich 1969: Bruno Friedrich, *Wahlkampf und Parteiorganisation*, in: Herbert Wehner/Bruno Friedrich/Alfred Nau, *Parteiorganisation*, Bonn 1969, S. 11-48
- Glotz 1982a: Peter Glotz, *Rede auf dem Münchner Parteitag der SPD*, Arbeitsgruppe III Organisationspolitik, am 20.4.1982
- Glotz 1982b: Peter Glotz, *Der Kampf gegen den Neokonservatismus. Über die Ergebnisse des Münchner Parteitages 1982*, in: Neue Gesellschaft 1982, H. 5, S. 410-412

- Glötz 1982c: Peter Glötz, *Die Beweglichkeit des Tankers. Die Sozialdemokratie zwischen Staat und neuen sozialen Bewegungen*, München 1982
- Glötz/v. Oertzen 1982: *Parteiorganisation, Arbeiterinteressen und Volkspartei*. Streitgespräch zwischen Peter Glötz und Peter von Oertzen, in: *Neue Gesellschaft*, 1982, H. 1, S. 6-11
- Gransow/Offe 1981: Volker Gransow/Claus Offe, *Politische Kultur und Sozialdemokratische Regierungspolitik*, in: *Das Argument* 128, 1981, S. 551-564
- Hensche 1980: Detlef Hensche, *Die Gewerkschaften müssen mehr Flagge zeigen*, in: Hermann L. Gremlixa/Heinrich Hannover, Hg., *Die Linke. Bilanz und Perspektiven für die 80er*, Hamburg 1980, S. 131-148
- Hoffmann 1982: Jürgen Hoffmann, »Das Ende der Fahnenstange« - Sozialdemokratie und keynesianischer Klassenkompromiß in der Bundesrepublik, in: *Prokla* 49, 1982, H. 4, S. 9-30
- Initiativantrag Nr. 4 NRW 1981: 4. Ordentliche Landesarbeitnehmerkonferenz der AfA in Nordrhein-Westfalen am 30. Mai 1981 in Lübbecke, Initiativantrag Nr. 4
- Jahrbücher der SPD, hg. v. Vorstand der SPD - 1966/67; 1970/72; 1973/75
- Janzen 1983: Karl-Heinz Janzen, *Das Maß an Zumutungen ist voll. Zu den Haushaltsbeschlüssen 1983*, in: *Neue Gesellschaft*, 1982, H. 8, S. 774-777
- Kaste/Raschke 1977: Hermann Kaste/Joachim Raschke, *Zur Politik der Volkspartei*, in: Wolf-Dieter Narr, Hg., *Auf dem Weg zum Einparteienstaat*, Opladen 1977, S. 26-74
- Kastendiek, Hans, 1980: Hans Kastendiek, *Neokorporatismus? Thesen und Analyse-Konzepte in der westdeutschen Diskussion und in der internationalen »corporatism«-Debatte*, in: *Prokla* 38, 1980, H. 1, S. 81-106
- Kastendiek/Kastendiek/Reister 1981: Hans Kastendiek/Hella Kastendiek/Hugo Reister, *Inkorporierung der Gewerkschaften? Zum Verhältnis von Staat - Kapital - Gewerkschaften und zum Adressatenproblem einer alternativen Wirtschaftspolitik*, in: *Alternative Wirtschaftspolitik* 3, Argument-Sonderband 68, 1981, S. 144-177
- Kastendiek, Hella, 1978: Hella Kastendiek, *Arbeitnehmer in der SPD. Herausbildung und Funktion der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)*, Berlin 1978
- v. Krockow 1983: Christian Graf von Krockow, »Genossen, wählt die Union«. Ein Sozialdemokrat plädiert gegen die SPD, in: *Die Zeit*, 28.1.1983, S. 5
- »Lebendiger Ortsverein«: »Lebendiger Ortsverein«, Ausarbeitung des Parteivorstandes für die organisationspolitische Diskussion des Münchner Parteitagess der SPD 19.-23.4.1982
- Markmann 1967: Heinz Markmann, *Gewerkschaften und Wirtschaftsplanung*, in: *Gewerkschaftliche Umschau*, 9/67, S. 185-187
- Martens 1981: Erika Martens, *Kollegen gegen Genossen*, in: *Die Zeit*, 13.11.1981, S. 15-16
- Mintzel 1976: Alf Mintzel, *Zur Entwicklung des Parteiensystems zwischen 1961 und 1966*, in: Dietrich Staritz, Hg., *Das Parteiensystem der Bundesrepublik*, Opladen 1976, S. 157-173
- v. Oertzen 1981: Peter von Oertzen, *Antwort auf Fragen an die Vorsitzenden der SPD-Bezirke zu Problemen der Organisation*, in: *Neue Gesellschaft*, 1981, H. 2, S. 103-107 (103/104)
- Panitch 1977: Leo Panitch, *The Development of Corporatism in Liberal Democracies*, in: *Comparative Political Studies*, vol. 10 no. 1, April 1977, S. 61-90
- Parteirat 79: »Wir über uns«. *Diskussionsbeiträge im Parteirat '79 über die Arbeit der SPD*, in: Informationsdienst der SPD - intern, intern-dokumente Nr. 5, August 1979
- Parteitag 1971: A.o. Parteitag der SPD, 2. Teil, Reform der Parteiorganisation, 17.-18. Dezember 1971, Bad Godesberg, Protokoll der Verhandlungen, Anlagen, hg. v. Vorstand der SPD, Bonn o.J.
- Raschke 1974: Joachim Raschke, *Innerparteiliche Opposition. Die Linke in der Berliner SPD*, Hamburg 1974
- »Rechte der Betriebsgruppen stärken«: »Rechte der Betriebsgruppen stärken«, in: Sozialdemokratischer Informationsdienst Betriebspolitik, Aktuelles für Arbeitnehmer - Informationen und Dokumente, Nr. 9, Oktober 1981
- Regierungsprogramm der SPD 1983 - 1987: Das Regierungsprogramm der SPD 1983 - 1987, beschlos-

- sen vom Wahlparteitag der SPD am 21. Januar 1983 in Dortmund
- Rohde 1981: Helmut Rohde, Referat auf der organisationspolitischen Klausurtagung der AfA im März 1981, dokumentiert in: SPD-Service Presse, Funk, TV Nr. 174/81, 29.3.1981
- Rohde 1982: Helmut Rohde, Rede im AfA-Bundesvorstand, dokumentiert in: SPD-Service Presse, Funk, TV Nr. 154/82, 29.3.1982
- »Rolle des Ortsvereins heute«: »Die Rolle des Ortsvereins heute«, Protokoll der SPD-Arbeitstagung am 26. und 27.11.1966 in Bad Godesberg, hg. v. Vorstand der SPD Bonn o.J.
- Roth 1982: Roland Roth, *Von der »Lust am Untergang«*. Zum Münchener SPD-Parteitag, in: links, Nr. 147, Juni 1982
- Scheer 1982: Hermann Scheer, *Solange der SPD-Streit wie ein Schicksal wirkt*, in: Vorwärts, Nr. 47, 18.11.1982, S.23
- Schmidt 1977: Eberhard Schmidt, *Gewerkschaften als Garant des sozialen Friedens*, in: Frank Grube/-Gerhard Richter, Hg., *Der SPD-Staat*, München 1977, S. 79-93
- Schmollinger 1973: Horst W. Schmollinger, *Gewerkschafter in der SPD*, Eine Fallstudie, in: Jürgen Dittberner/Rolf Ebbinghausen, Hg., *Parteiensystem in der Legitimationskrise*, Opladen 1973, S. 229-274.
- Schmollinger/Stöss 1976: Horst W. Schmollinger/Richard Stöss, *Sozialstruktur und Parteiensystem*, in: Dietrich Staritz, Hg., *Das Parteiensystem der Bundesrepublik*, Opladen 1976, S. 217-234.
- Schumann 1979: Michael Schumann, *Entwicklungen des Arbeiterbewußtseins*, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1979, H. 3
- Spöri/Scheer 1982: Dieter Spöri/Hermann Scheer, *Ein verhängnisvolles strategisches Vakuum droht. Das aktuelle Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften muß dringend geklärt werden*, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, Nr. 151, 12.8.1982
- Staak 1975: Werner Staak, *Formen der Kooperation mit den Gewerkschaften*, in: Neue Gesellschaft, 1975, H. 6, S. 461-465
- Wentz 1981: Martin Wentz, *Die Drohung mit der »schweigenden Mehrheit«*, in: Der Sozialdemokrat, SPD Hessen-Süd, Nr. 5, Mai 1981, S. 9-10
- Zeuner 1976: Bodo Zeuner, *»Solidarität« mit der SPD oder Solidarität der Klasse? Zur SPD-Bindung der DGB-Gewerkschaften*, in: Prokla 26, 1976, H. 1, S. 3-32
- Zeuner 1982: Bodo Zeuner, *Il legame con la SPD die sindacati: immune dalla crisi?* in: Enzo Collotti/-Luisa Castelli, Hg., *La Germania socialdemocratica*, Bari 1982, S. 124-147 (zit. nach dem deutschspr. Ms. »SPD-Bindung der Gewerkschaften - krisenfest?«)